

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

C D

Wer finanziert die Hindenburg-Wahl?

I.G.-Farben in Front

Dafür: Treibstoff-Monopol / Chemische gegen Schwer-Industrie

b. j. Berlin, 20. Februar 1932.

Die Fronten im Präsidentschafts-Wahlkampf beginnen sich nun auch nach der geschäftlichen Seite hin abzuzeichnen. Während die Kräfte der Schwerindustrie teils noch hinter Hugenberg, teils schon vor Hitler stehen und demgemäß die Aspirationen des Herrn von Hindenburg aufs bitterste bekämpfen — kein auch nur annähernd hervorragender schwerindustrieller Repräsentant hat den Sahn-Aufruf für Hindenburg unterzeichnet! —, setzt sich nunmehr die

chemische Industrie,

also I. G. Farben-Trust, in auffallender Weise für die Wiederwahl Hindenburgs ein.

Nach Sahn's Rücktritt wird der neugebildete zentrale Hindenburg-Ausschuß in Berlin die für die energische Propagierung der Hindenburg-Wahl erforderlichen Mittel von der chemischen Industrie zur Verfügung gestellt bekommen. Vereinbarungen hierüber sind wohl schon getroffen.

Natürlich werden

Gegenleistungen

beansprucht. Sie bestehen in dem Monopol für den Einheitstreibstoff, das durch Notverordnung den I. G.-Farben zugeschanzt werden soll. Die Verhandlungen darüber sind bereits weiter gediehen, als die Öffentlichkeit glaubt. Widerstrebende Interessen, wie sie sich besonders im Reichsverband der Automobilindustrie und auch in gewissen landwirtschaftlichen Kreisen herausgebildet hatten, konnte in den letzten Tagen mit Erfolg begegnet werden. Eine Entscheidung, die der Industrie- und Handelstag im Benehmen mit dem Reichsverband der Industrie zu Anfang dieses Monats gegen die Bestrebungen der Einheitstreibstoff-Interessenten herbeiführen sollte, ist mit Erfolg hintertrieben worden. Für das Projekt setzten sich die I. G.-Farbenvertreter in der Regierung, also Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold und auch Reichsminister Treviranus mit Nachdruck ein. Auch der Reichswehrminister Gröner ist für das I. G.-Farbenmonopol gewonnen. Sehr charakteristisch ist auch die Haltung des Reichs-Ernährungsministers Schiele, der sich gleichfalls mit viel Energie für das Projekt bemüht.

Der schwerindustrielle Langnam-Verein wehrt sich noch nach Kräften gegen die Gewährung des Treibstoff-Monopols an die I. G.-Farben. Ueber seine Einsprüche ist die Regierung bis jetzt zur Tagesordnung übergegangen.

Die Entscheidung für das von den I. G.-Farben angestrebte Monopol wird in den nächsten Tagen fallen. Die Landwirtschaft und ihre Interessen werden dafür den Ausschlag geben, denn schon hat das Ministerium des Herrn Schiele verkündet, daß „als Gegenleistung“ für die Landwirtschaft die I. G.-Farben eben die künstlichen Düngemittel der Leunawerke verbilligen müßten. Ein solcher Ausgleich käme darauf heraus, daß der Kraftverkehr die Kosten des verbilligten Stickstoffs für die Landwirtschaft auf gepackt bekommen würde.

Herr von Hindenburg ist in den sieben Jahren seiner Amtsführung, sehr zum Aerger der schwerindustriellen Kräfte, ein agrarischer Reichspräsident gewesen. Er hat die „notleidende“ Groß-Landwirtschaft zunächst selbstverständlich auf Kosten der hungernden

Industriearbeiterschaft unterstützt und unterstützen lassen. Aber diese vielfachen „Stützungsaktionen“ haben natürlich auch der Schwerindustrie das früher von ihr gehaltene Primat geraubt. Nicht sie war es in erster Linie, der die Liebesgaben des Reiches zufließen.

So entwickelt sich der Präsidentschaftskampf in seiner letzten Zuspitzung zu einem Duell zwischen Chemischer Industrie (in deren Anhängewagen die Landwirtschaft

mitgenommen wird) und der Schwerindustrie, die einen Präsidenten wünscht, der ihre Interessen bevorzugt wahrnehmen soll.

Dabei fährt auch

die SPD in dem Anhängewagen der Chemie.

Unter Führung der Interessengemeinschaft der Farbenindustrie und in einer Front mit den Großagrariern ficht sie für Hindenburg!

Sie morden wieder Großkämpfe um Schanghai

† Berlin, 20. Februar 1932.

Am Freitagabend tagt in Genf der Völkerbundsrat. Der chinesische Gesandte Yen hält eine erschütternde, unwiderlegliche Anklage-Rede gegen den Raubstaat Japan. Der Völkerbundsrat beschließt eine formell an beide Regierungen, in Wahrheit an die japanische gerichtete Aufforderung folgenden Inhalts:

1. Verlängerung des Ultimatums;
2. Sofortige Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen;
3. Einschaltung neutraler Truppen zwischen den japanisch-chinesischen Kampflinien, um den Ausbruch von Feindseligkeiten nach dem Ablauf des Ultimatums zu vermeiden.

Ein paar Stunden später donnern die Kanonen über Schanghai, fallen die Bomben auf die Forts, findet ein regelrechter Großangriff, eine Schlacht statt.

Das Ablenkungsmanöver der Japaner wächst sich zu einem großen Unternehmen aus. Der erbitterte Widerstand der Chinesen war wohl nicht einkalkuliert. Die japanischen Militaristen hatten schon gehofft, nach der „Unabhängigkeitserklärung“ der Mandschurei das eroberte Schanghai als Kompensationsobjekt vorweisen zu können. Nun haben sie's eilig, so eilig, daß sie angeblich sogar an eine Kriegserklärung denken.

Inzwischen stellt sich der Völkerbundsrat tot.

Er tritt erst wieder zusammen am 3. März. In England herrscht „größte Besorgnis“. Ein Unterausschuß des Kabinetts für Schanghai ist eingesetzt worden. Er soll sich in ständiger Bereitschaft halten. Von England und Amerika — das wissen die Japaner ganz genau — nicht vom Völkerbundsrat, hängt es ab, wie lange das Morden weitergeht.

Man soll sich keine großen Hoffnungen machen.

Beide Imperien nehmen eine abwartende Haltung ein, sie sind sicher, immer noch zurechtzukommen. Vorläufig blüht wenigstens das Waffengeschäft, und Menschenleben zählen nicht. Man muß nur die Ausführungen der konservativen „Daily Mail“ vom Donnerstag über „Unsere Feuerfresser und Japan“ lesen, die unbedingte Ablehnung eines „Kreuzzuges“, um ungefähr zu wissen, woran man ist. Auch Einzeln amerikanischer Bürger und Politiker

werden keinen Eindruck machen, solange Wallstreet den Befehl noch nicht gibt. Und die Dollarmagnaten haben Zeit.

Mögen die Gelben sich untereinander abwürgen, mag Japan sich durch diesen Feldzug schwächen, um so besser blüht der Weizen unserer amerikanischen Imperialisten.

So ungefähr wird wohl die Situation sein.

Ob Schanghai heute fällt, ob es noch gehalten werden kann, eins ist sicher: das Unternehmen führt die Japaner weiter als sie wollten. Auch im fernen Osten gilt das Gesetz der Dialektik, gilt das Wort von der „Ironie der Weltgeschichte“. Die Erbitterung über den japanischen Ueberfall hat wohl alle Teile der chinesischen Bevölkerung ergriffen. Die Kuomintang ruft zum nationalen Widerstand auf.

Der Räuber fördert den Zusammenschluß in China

Heute ist er wohl, kraft seiner Organisation, überlegen — morgen . . . ? Chinas gewaltiges Gebiet, sein Volksreichtum, es sind alles Faktoren für eine zukünftige Ueberwältigung des Einbrechers.

Mit Japan mögen sich dann auch die anderen imperialistischen Raubstaaten wohl verrechnet haben. Vorläufig haben sie ihr Augenmerk wohlwollend auf den gelben Räuber gerichtet, um nur ja nicht bei der Beuteverteilung zu kurz zu kommen. Die chinesische Bevölkerung wird ihnen kaum vergessen. Gewalt ist die Geburtshelferin nicht nur neuer Gesellschaften, auch neuer Nationen.

Der Donner der Kanonen um Schanghai kündigt den Beginn einer neuen Epoche im Fernen Osten und in der Weltgeschichte an. Und die weiße, „zivilisierte“ Rasse hat sich unheilbar als ein kleines Geschlecht entlarvt. Diese Gesellschaft wird ernten, was sie jetzt sät.

Kiangwan von Japanern besetzt

London, 20. Februar 1932

Nach englischen Meldungen aus Schanghai haben die Japaner nach einem von zwei Regimenter unternommenen Sturmangriff Kiangwan (zwischen Wusung und Tschapei) eingenommen.

(Weitere Meldung Seite 2)

Buchdrucker-Streik?

Berlin, 20. Februar 1932

In einer Reihe Berliner Druckereien wurde von den Unternehmern an einzelne Buchdrucker das Ansinnen gerichtet, auf die übertariflichen Löhne zu verzichten. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt, worauf die Kündigung erfolgte. Man rechnet nunmehr mit dem Streik der Buchdrucker.

Es handelt sich vorerst um die Druckereien Scherl, Elsner, „Berliner Börsen-Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ und Langenscheidt.

Selbst der „Vorwärts“, der den organisierten Streik, eines der wesentlichsten Kampfmittel des Proletariats, in den letzten Jahren immer wieder zu diffamieren versucht hat, muß in diesem Zusammenhang zugeben, daß auf die Kündigung einzelner Arbeiter „automatisch die Gesamttaktion“ folgen müsse.

Und diese wird in Verbindung mit anderen Streikaktionen gegen den Lohnraub zu einer „Gesamttaktion“ gegen das vom Hindenburg-Konsortium gestützte kapitalistische System werden müssen! Allmählich wird — allen Tolerierungspredigern zum Trotz — der Kampf auf der ganzen Linie einsetzen! Das Barometer steht auf Sturm!

Deutschlands heiliger Krieg

† Berlin, 20. Februar 1932.

Das Leben des Deutschen besteht aus Belangen. Einige davon sind heilig. Die Uniform, der Wehrwille, Adolf der Anstreicher und so. Aber das allerheiligste Belang (oder heißt's der Belang?) ist das Bier. Zieh dem Deutschen ein Uniformstück an, und er vergißt das Denken, was die Gewohnheit eines aufässigen Untertans und glücklicherweise selten ist. Da diese Aktie mit Pari so niedrig steht, daß sie keinen Kurswert hat, ist kein Verlust zu buchen.

Aber: nimm dem Deutschen „sein“ Bier, und er wird aus einem geduldigen Lasterlein ein brüllender Löwe! Das Bier ist Nationalgetränk, und alles Nationale gehört zu den heiligen Belangen. Das Bier gibt dem Deutschen den äußeren und inneren Halt. Ist ein Stamm-tisch ohne Bier denkbar? Und ohne Stammtisch gäbe es keine deutsche Politik! Mit dem Bierkrug kann man Salamander reiben und Bierjungen auswerfen. Nimm das weg und es gibt in Deutschland keine Erziehung zur Männlichkeit. Das Bier führt notwendigerweise auf die Toilette, und hier, nur hier, kann verletzte Ehre wieder repariert werden. Was wäre unsere nationale Jugend ohne Bier und Locus?

Das Bier gibt aber nicht nur geistige Argumente her, der Bierkrug ist für freundschaftliche Auseinandersetzungen unumgänglich nötig. Auf dem Kopf des Gegners zerschellend öffnet er den engen Horizont des begrenzten Schädels; er ist das schlagendste Argument, das dem Deutschen zur Verfügung steht. Kannst du dir einen richtigen Mannerskat ohne Bier vorstellen? Du kannst es nicht! Und weißt du nicht, daß unsere ganze Außenpolitik, die doch so herzerhebende Resultate gezeitigt hat, engstens mit dieser unserer Nationaljugend zusammenhängt? Der Faustschlag, mit dem wir wie einst Krösus große Reiche zer-

stort haben, dies unumgängliche Requisite deutscher Außenpolitik, seine Herkunft vom Skattisch kann es nicht verleugnen. Ja, wir sind ein politisches Volk. Jeden Abend kannst du's in jedem Lokal bemerken. Das dröhnt nur so von Faustschlägen, Trumpf heißt es — Bum, und nochmals Trumpf-Bum, und abermals Trumpf-Bum, jedesmal ein Faustschlag — da erst fühlst du von ganzem Herzen, daß du ein Deutscher bist, nicht ein schwächlicher Welscher. Den innigen Zusammenhang zwischen Bier und deutschem Familienleben, wer wollte ihn zu schildern versuchen. Die Sprache ist zu arm dazu. Doch nur ein Blick auf Deutschlands fortgeschrittensten Stamm, auf Bayern, auf die Elite der sozusagen aus dem Bier geborenen Faschingskinder, zeigt, was der edle Gerstenstoff vermag. Wo wäre ohne ihn, wo wäre ohne den Bürgerbraukeller unser aller Retter, der Führer? Und die Kalbsaxe, die enge Verbindung zwischen der Erzeugung von Rindvieh und sonstiger deutscher Produktion ... nein, wir müssen haltmachen, es gibt keinen Bezirk deutschen Lebens, der nicht engstens mit dem Bier verknüpft wäre.

Und nun soll das Bier dem Deutschen gesperrt werden? Da hab' ihr sie, die Frucht des Marxismus. Steuer aufs Bier?! Eher noch Steuer auf die Fortpflanzung! Sollen unsere Bierbrauer und Brauereifaktoren von Fett fallen? Laßt fette Männer um mich sein, hat schon Julius Caesar gesagt! Hier sind die Stützen des Staates! Sollen sie zum Wanken gebracht, soll die Dismunde für das flüssige Brot von Staats wegen beschneitten werden? Nein, so weit lassen wir uns nicht in die Judenknechtschaft bringen! Nein, so bolschewistisch sind wir denn doch noch nicht!

Und deshalb wird jedes deutsche Herz mit den Brauern schlagen, wenn sie jetzt, die Fahne des runden, streitbaren Gamsbrims entfahrend, in Streit und Streik ziehen! Schlimm, sehr schlimm, daß diese Hüter edelster deutscher Belange jetzt schon Kampfmethoden ergreifen müssen, die höchstens gut sind für dreckige Proleten. Aber Not kennt kein Gebot! Es geht um Deutschlands heiligste Güter. Die Regierung des Marxismus mag sich vorsehen! Es ist ein heiliger Krieg der da auszubrechen droht!

Dumpf dröhnt der Bierschlegel auf die leere Tonne. Dreifaches Echo klingt aus allen deutschen Gehirnen. Sie resonieren, bald beginnen sie zu raisonnieren! Dann wäre das Ende der deutschen Welt nah. Wird die Regierung in letzter Stunde ein Einsehen haben? Gegen Arbeiter und Demokraten mögen Soldaten helfen; will die Regierung sie etwa gegen die Stützen des Staates einsetzen?

Im Zeichen des Bürgerkriegs

Todesopfer einer Saalschlacht

WTB. Schweidnitz, 20. Februar 1932.

Eine gestern abend in Saarau veranstaltete nationalsozialistische Versammlung endigte mit einer Saalschlacht, bei der mehrere hundert Stühle und fast alle Tische demoliert wurden. Schon hier gab es mehrere Schwerverletzte. Die Tätlichkeiten setzten sich auf der Straße fort, wo auch geschossen wurde. Dabei wurde der Nationalsozialist Martin Becker aus Kroischwitz, ein Mitglied der Jungmannschaft, getötet. Ferner wurde auch ein völlig unbeteiligter Brenner schwer verletzt, dem mit einem Stein der Schädel eingeschlagen wurde. Insgesamt sollen fünf Schüsse gefallen sein, von denen vier getroffen haben. Zwei Striegauer S.A.-Leute wurden schwer verletzt in das Striegauer Krankenhaus eingeliefert. Ein schwerverletzter Reichsbannermann fand im Saaraauer Krankenhaus Aufnahme. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht an, die Schweidnitzer Staatsanwaltschaft hält zurzeit einen Lokaltermin ab, dem der Landrat von Schweidnitz beiwohnt.

Der amtliche Bericht des Schweidnitzer Landratsamts besagt, daß nach Auflösung der Saaraauer Versammlung die Nazis unterwegs von politischen Gegnern überfallen worden seien. Nachher sei noch eine Schlägerei an der Wegkreuzung nach Konradswaldau entstanden; die Angreifer seien hier noch nicht festgestellt. Die Polizei, aber auch die Streitenden hätten Schüsse abgegeben.

Kommunisten beantragen Reichstagsauflösung

Dazu nationalistische Schaugerichte

TU. Berlin, 20. Februar 1932.

Im Reichstag hat die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, worin die Auflösung des Reichstages gefordert wird. Alle Maßnahmen zur Durchführung einer Neuwahl sollen sofort in die Wege geleitet werden. Weiter beantragt die kommunistische Fraktion einen Reichstagsbeschluß, wonach alle „Tributzahlungen“ sofort eingestellt werden sollen. Nach einem anderen kommunistischen Antrag soll die Reichsregierung aufgefordert werden, den Austritt aus dem Völkerbund sofort zu vollziehen.

„Preisabbau“!

Berlin, 20. Februar 1932

Die vom Statistischen Reichsamt für den 17. Februar berechnete Großhandelszahl ist mit 100,0 gegenüber der Vorwoche um 0,4 vH gesunken.

Briefwechsel mit dem Polizeipräsidenten

„Pressefreiheit“!

Eine „Verwarnung“ wird zurückgewiesen

Berlin, 20. Februar 1932.

In den letzten Tagen hat diejenige Stelle, in deren Hand die Existenz der Presse liegt, nämlich der Polizeipräsident von Berlin, dem Rechtsberater der Sichel-Zeitungsverlagsgesellschaft, die die „SAZ“ herausgibt, Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, eine „Verwarnung“ wegen der Haltung der „SAZ“ zugehen lassen und

unserer Zeitung ein Verbot angedroht.

Wir verzichten auf jede Charakterisierung des Briefes des Polizeipräsidenten und drucken ihn statt dessen im Wortlaut ab:

„In Nr. 1 des Jahrgangs 1932 Ihrer Zeitung „Sozialistische Arbeiterzeitung“ wird ein Artikel „Willst du lange leben?“ — werde General! und in Nr. 4 ein Artikel „Vergebliche Intervention bei Gott“ veröffentlicht, die beide eine böswillige Verächtlichmachung des Herrn Reichspräsidenten im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 3. 31 enthalten. In der Nummer 9 wird unter der Überschrift „Die Parole der Revolution“ eine Entschließung des S.J.V. veröffentlicht, in der ein Verstoß gegen §§ 82, 86 StGB. erblickt wird. Weiter wird in Nr. 21 in dem Artikel „Redeverbot“ gegen Goebbels“ u. a. ausgeführt, „diese Willkürherrschaft der Polizei ist ein Skandal, ist bereits ein Stück praktischen Faschismus.“

Hierdurch wird eine Einrichtung des Staates beschimpft.

Ferner wird in Nr. 22 in dem Artikel „Hans Naivus aus der Benderstraße“ eine Verächtlichmachung des Herrn Reichsinnenministers erblickt. Durch diese Artikel wird gleichzeitig auch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. In einer Besprechung Anfang ds. Mts. sind Sie bereits darauf hingewiesen worden, daß Sie mit einem Verbot Ihrer Zeitung zu rechnen hätten. Trotzdem erscheint die Zeitung Nr. 28 vom 3. ds. Mts. wieder mit der Überschrift „Der Kandidat der Ausbeuter“. Diese Überschrift ist wiederum geeignet, den Herrn Reichspräsidenten verächtlich zu machen. Mit Rücksicht auf die in der Besprechung am 5. d. M. für den Verlag abgegebene Erklärung will ich nochmals von einem Verbot der Zeitung absehen. Ich verwarne Sie jedoch gemäß § 2 der Ausführungsbestimmungen und Richtlinien für die Handhabung der Notverordnung vom 10. August v. J. und mache darauf aufmerksam

daß der geringste weitere Verstoß gegen die Notverordnungen unnachsichtlich zu

längerem Verbot Ihrer Zeitung führen wird.

In Vertretung:

gez. von Werder.

*

Genosse Rosenfeld hat in seiner Antwort die vom Polizeipräsidenten beanstandeten Publikationen im einzelnen erörtert und mit außerordentlich entschiedenen durchaus sachlichen Ausführungen die polizeilichen Beanstandungen als ungerechtfertigt und unzureichend begründet zurückgewiesen. Die Leser ersuchen aus dem Schreiben des Polizeipräsidenten,

wie es um die Pressefreiheit heute bestellt ist

und welcher Wert Erklärungen beigegeben werden muß, wie sie etwa Minister Severing nach Erlaß der großen Presse-Notverordnung abgab, als er sagte, daß die Opposition damit nicht verhindert werden solle.

Was die SPD unter „Demokratie“ versteht

Berlin, 20. Februar 1932.

Auf der nationalsozialistischen Kundgebung im Sportpalast wurde bekanntgegeben, daß der Polizeipräsident von Berlin das

Redeverbot für Goebbels aufgehoben hat.

Die Aufhebung gilt vom Montag, 22. Februar, an.

*

Die „Rote Fahne“ ist verboten. Das Redeverbot für Goebbels wird aufgehoben. Die Durchführung der nationalsozialistischen Wahlkampagne ist sichergestellt. Der Polizeipräsident von Berlin ist der Sozialdemokrat Genosse Grzesinski.

Auch Noske wieder auf dem Kriegspfad

Hannover, 20. Februar 1932

Die kommunistische „Neue Arbeiterzeitung“ ist durch den Oberpräsidenten Noske wegen angeblicher Beleidigung der Braunschweiger Polizei auf eine Woche verboten worden. Das Blatt hatte einen Artikel mit der Überschrift „Polizei stellt KPD-Dokumente her“ veröffentlicht und in dem Untertitel gesagt: „Braunschweiger Kriminalbeamte fertigen im Partebüro auf der Schreibmaschine der KPD Drohbrieffe. So entstehen „echte Dokumente zur Kommunistenhetze“.

Painlevé knock out

Der erste Gang der Pariser Regierungsbildung ist zu Ende. Tardieu hat mit seiner starken Rechten Painlevé knock out geschlagen. Der Mann der „Linken“ verzichtet. Er hat dem Präsidenten der Republik den Auftrag zurückgegeben, nachdem er in der Nacht vom Freitag/Sonnabend seine Ministerliste schon fertig hatte.

War erst das Innenministerium der Stein des Anstoßes gewesen, so hatte, gewandt wie er nun einmal ist, der gerade Neugebackene, nun schon Ex-Kriegsminister Tardieu, seinem ehemaligen Amtsvorgänger das Außenministerium als Knüttel zwischen die Beine geworfen. Nichts, gar nichts, wollte Herr Tardieu für sich selbst, aber daß das Außenministerium von Paul-Boncour übernommen werden sollte, statt von Laval, konnte die höchst gesteigerte Gewissenhaftigkeit des Herrn Tardieu natürlich nicht ertragen.

Sich vorzustellen und stürzen zu lassen, lag andererseits nicht im Geschmack Painlevés, und also gab er seinen Auftrag mit der Begründung zurück, daß ihm zwar die Parteien der Linken „bis zur Grenze der Selbstverleugnung ihre volle Unterstützung gewährt“ hätten, andere Unterstützungen aber, mit denen er fest gerechnet hatte, ihm „systematisch verweigert worden“ seien. „Da eine derartige Lösung“, so schließt das kurze Schreiben an den Präsidenten der Republik, „weder den Interessen des Landes noch meinem Auftrag entsprechen hätten, habe ich die Ehre, den mir erteilten Auftrag in Ihre Hände zurückzulegen“.

Inzwischen hat Herr Doumer neue Verhandlungen aufgenommen und Tardieu und Herriot zu sich beschieden. Man wird kaum fehltippen, wenn man annimmt, daß Tardieu der Favorit ist, das Spiel also vorläufig zu seinen Gunsten entschieden wird.

Tardieu beauftragt

U.T. Paris, 20. Februar 1932

Der Präsident der Republik, Doumer, hat den bisherigen Kriegsminister Tardieu um

17 Uhr Pariser Zeit zu sich gebeten. Beim Verlassen des Elysées um 17.25 Uhr Pariser Zeit hat Tardieu mitgeteilt, daß er den ihm übertragenen Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen habe.

Er werde sich nunmehr mit seinen politischen Freunden in Verbindung setzen und die Verhandlungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten aufnehmen. Die Aussichten Tardieus in der Kammer sind zweifellos nicht schlecht, doch weiß man andererseits, daß gerade seine Person der Mehrheit des Senats wenig genehm ist. Er dürfte den Versuch machen, eine von dem bisherigen Kabinett nur wenig abweichende Regierung, vielleicht unter Hinzuziehung Paul Boncours, zustande zu bringen. Nach seinen bisherigen Äußerungen ist damit zu rechnen, daß er auch Laval hinzuzieht und ihn mit einem wichtigen Ministerposten betraut. Die Frage, ob Tardieu mit seinen Bemühungen Erfolg haben wird, wird in politischen Kreisen verschieden beurteilt.

Kammerauflösung?

Es verdichten sich die Gerüchte, daß man im Falle des völligen Mißlingens der Kabinettsbildung zur Auflösung der Kammer schreiten werde. Allerdings sei diese Möglichkeit nur für den äußersten Notfall ins Auge gefaßt.

Ein Naziüberfall auf ein Reichsbannerlokal wurde in Nürnberg verübt. Eine Reihe von Nazis sind verhaftet worden.

Belgien geht nicht vom Goldstandard ab. Die Belgische Telegraphen-Agentur ist in der Lage, mitzuteilen, daß die von einem Börsenblatt gebrachte Meldung, Belgien werde vom Goldstandard abgehen, in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

Verhaftung eines indischen Gewerkschaftsführers. Ruikar, der Präsident des Gewerkschaftskongresses, der die linksradikale Arbeiterbewegung in Indien vertritt, wurde wegen Aufhetzung gelegentlich einer Rede bei einer Arbeiterkundgebung verhaftet.

Ruegg hingerichtet?

Aus London meldet die TU:

„Der Liga gegen den Imperialismus in London ist eine Nachricht aus Shanghai zugegangen, wonach während der Ubersiedlung der chinesischen Regierung von Nanking nach Loyang politische Gefangene in Nanking hingerichtet worden seien. Es werde befürchtet, daß sich unter den Opfern auch der Sekretär der Pan-Pazifik-Gewerkschaft, Paul Ruegg, und seine Frau Gertrud befänden.“

*

Bei der Berliner Zweigstelle der Liga, an die wir uns gewandt haben, ist noch keine Bestätigung der Nachricht eingegangen. Trifft das Gerücht zu, so wäre ein neuer Fall Sacco-Vanzetti geschaffen, ein neuer Fall, in dem die Schergen der kapitalistischen Justiz offenkundig Unschuldige, die kein anderes Verbrechen als dasjenige der proletarischen Propaganda begangen haben, unter Bruch aller Rechtsgrundsätze zum Tode befördern.

Man fühlt sich blamiert Verlegenes Gestammel des „Vorwärts“

Der „Abend“, die Spatausgabe des „Vorwärts“, regt sich auf. Zunächst darüber, daß die SAP beschlossen hat, die Parole für die Wahl Thälmanns auszugeben. Damit hätten wir uns „endgültig als Hilfstruppe für die KPD entlarvt“. Dabei unterschlägt der „Vorwärts“ seinen Lesern natürlich unseren Aufruf, aus dem sich klar ergibt, daß unsere Parole nicht im Interesse der KPD, sondern im Interesse der Geschlossenheit der proletarischen Abwehrfront gegen den Faschismus erfolgt ist. Die Sozialdemokratie, die durch die Entscheidung für die Kandidatur Hindenburgs aus dieser Front völlig ausgebrochen ist, kann es natürlich nicht ertragen, daß ihre früheren Mitglieder, die heute in der SAP stehen, sich auf die Seite des klassenbewußten Proletariats und nicht auf die des kaiserlichen Generals stellen.

Und weiter ereifert sich der „Abend“ darüber, daß wir über den „Bonzenball“ berichtet haben. Damit hätten wir den Hakenkreuzlern Material gegen die Arbeiterbewegung geliefert. Da geht die Selbstüberschätzung der „Vorwärts“-Redaktion doch reichlich weit. Denn die „Bonzen“, von denen wir berichteten, und die sich recht getroffen fühlen, sind noch lange nicht identisch mit der Arbeiterbewegung. Im übrigen: wenn Material geliefert wurde — dann durch die, die durch ihr unproletarisches Verhalten den Anlaß gaben. Aber nicht durch offenes Aufzeigen der Fäulniserscheinungen, die im Interesse der Arbeiterbewegung beseitigt werden müssen, und die wir durch Aussprechen dessen, was ist, bekämpfen.

Auftakt für die japanischen Wahlen

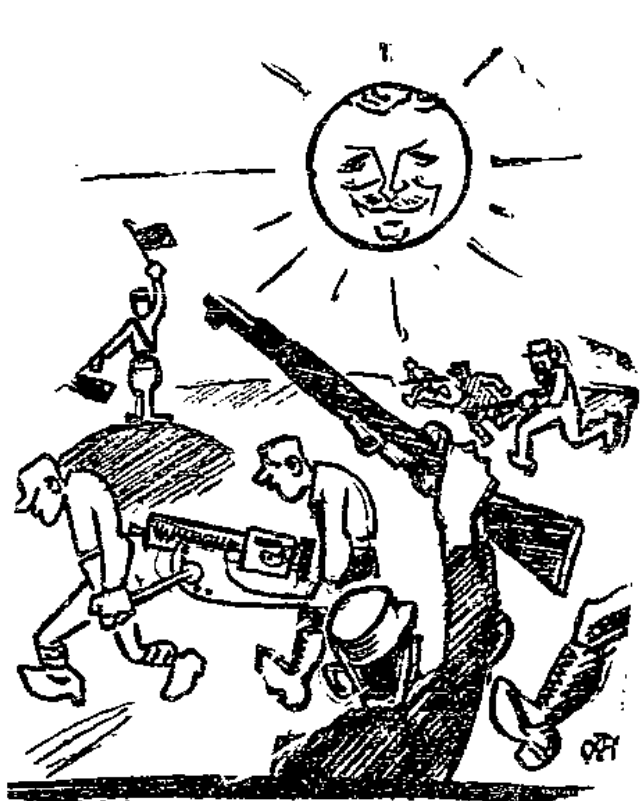
600 Verhaftungen in Tokio

Tokio, 20. Februar 1932

Im Zusammenhang mit den Wahlvorbereitungen nahm die japanische Polizei umfangreiche Verhaftungen in den Arbeitervororten von Tokio vor. U. a. wurde der Gewerkschaftsführer Isoda verhaftet, dem kommunistische Propaganda vorgeworfen wird. Insgesamt sind von der Polizei 604 Personen verhaftet worden.

Das Ergebnis der Wahlen, die am heutigen Sonnabend stattfinden, kann man, ohne Prophet zu sein, schon voraus sehen. Die Militaristen, die Seynka, werden über die Minseitō-Partei „siegen“, die zwar die Mehrheit im Parlament hatte, aber der Regierung der Imperialisten weichen mußte. Diese „machen“ die Wahlen im eigentlichen Sinne des Worts.

Döberitz



Der Kegelvein „Sorgenfrei“ hat das schöne Wetter zu einem Sonntags-Spaziergang benutzt.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

14. Fortsetzung

Vor der Hauptverhandlung

Nun beginnt das Spiel um die Entlarzung des Vertrauensmanns. Der Verteidiger Bullerjahn und der Angeschuldigte selbst setzen alles in Bewegung, um zu erreichen,

daß der Unbekannte Bullerjahn gegenübergestellt werde.

So gefährlich die Anschuldigung des geheimnisvollen Kronzeugen der Anklage für Bullerjahn sein müsse, so lange dieser Zeuge nicht in Person für seine Behauptungen eintritt, so schnell muß sich alles auflären, so schnell muß das verleumdende Gespinnst in sich zerfallen, wenn dem Anwalt Bullerjahns die Möglichkeit eröffnet wird, nur ein paar Fragen an den Mann mit der Maske zu richten. Der Angeschuldigte äußert immer wieder seinen Anwalt den Verdacht, der Unbekannte sei sein Generaldirektor Herr Paul von Gontard; aber der Anwalt steht diesem Verdacht ungläubig gegenüber. Er will es nicht glauben, daß solch eine Persönlichkeit so krumme Wege wählen könne, um einen ihm mißliebigen Gewordenen unter Mißbrauch der Rechtseinrichtungen des Staates unschädlich zu machen.

Immerhin drängt auch er jetzt mit vermehrtem Nachdruck darauf, daß der unbekannte Zeuge ihm namhaft gemacht und zur Hauptverhandlung geladen werde.

Am 18. September verfügt der Senatsvorsitzende, Reichsgerichtsrat Rosenthal, die Zurücksendung der ihm zur Eröffnung des Verfahrens überlassenen Akten an den Oberreichsanwalt und bittet um Erklärung darüber, „ob die ungenannte Vertrauensperson, auf deren Angaben in der Anklageschrift mehrfach Bezug genommen wird, als Zeuge benannt werden kann...“

Umgehend erwidert der Oberreichsanwalt (i. V. Niethammer), die Ladung werde seinerseits erfolgen.

Am 22. September aber ist Oberlandesgerichtsrat Gutjahr als Beamter der Staatsanwaltschaft in das Verfahren eingetreten. Er wird auch in der Hauptverhandlung die Anklage gegen Bullerjahn vertreten. Er verfügt unter dem 5. Oktober nicht die Ladung der ungenannten Vertrauensperson, sondern die der Untersuchungsrichter Krüger und Geier, sowie die des Kriminalkommissars Goepner, die den Vertrauensmann vernommen haben. Unter dem gleichen Datum erbittet Gutjahr vom Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Walter Simons die Genehmigung, die beiden Richter, die in ihrer Eigenschaft als ersuchte Vernehmungsrichter des Oberreichsanwalts vom Präsidenten des Reichsgerichts abhängig sind, als „Zeugen vom Hörensagen“ aussagen zu lassen. Dieser seltsame Wunsch ist den §§ 250 und 251 der Strafprozeßordnung, die das direkte Zeugnis vorschreiben, ganz zuwider. Gutjahr schränkt aber auch noch die dünne Rechtsdecke ein, die jetzt noch bleibt; er erbittet vom Reichsgerichtspräsidenten die Genehmigung, daß die beiden Richter unter den Einschränkungen des § 54 der Strafprozeßordnung aussagen dürfen. Der § 54 regelt die Genehmigung zur Aussage von öffentlichen Beamten. Sie kann versagt oder auch bloß eingeschränkt werden; aber nur dann, „wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteil bereiten würde.“

So bestimmt der klare Text. Wenn es später gelingen sein wird, die Persönlichkeit der ungenannten Vertrauensperson zu identifizieren, werden wir sehen, daß die Voraussetzungen des § 54 StPO hier niemals zutreffend gewesen sind, daß sich also der Oberlandesgerichtsrat Gutjahr, in Vertretung des Oberreichsanwalts, eines schweren Vergehens gegen die Strafprozeßordnung schuldig gemacht hat, eines Vergehens übrigens, für das er bis heute noch nicht zur Rechenschaft gezogen worden ist.

Der Präsident des Reichsgerichts erteilt am 9. Oktober die von Gutjahr nachgesuchte Genehmigung in der von Gutjahr erbetenen Form. Damit ist der schützende Ring um die Vertrauensperson geschlossen. Es wird bis zum Ende des Verfahrens nicht gelingen, diesen mit so viel Gesetzesverletzungen gepanzerten Ring zu durchbrechen.

Noch aber weiß der Reichsgerichtsrat Rosenthal, der die Hauptverhandlung leiten wird, nichts davon, daß seine Zusage, er werde den Unbekannten zur Stelle schaffen, inzwischen von der Staatsanwaltschaft bedenkenlos preisgegeben wurde. Am 11. Oktober noch teilt er dem Verteidiger Bullerjahns mit, daß die Vertrauensperson auf seine Anordnung hin geladen wurde. Zugleich fragt er beim Oberreichsanwalt an, ob die Ladung ausgeführt worden sei.

Die Antwort auf diese Frage erfolgt nicht schriftlich auf dem sonst üblichen Dienstwege.

Am 12. Oktober hat Gutjahr, wie die Akten erzählen, mit dem Reichsgerichtsrat Rosenthal eine „mündliche Besprechung“, über deren Inhalt nichts in die Akten kommt. Wir wissen nichts Authentisches über diese Besprechung. Aus dem Umstand aber, daß Reichsgerichtsrat Rosenthal von diesem Augenblick ab darauf verzichtet, sich noch weiter für die Ladung der ungenannten Person einzusetzen, muß geschlossen werden, daß der Vertreter des Oberreichsanwalts sein Vorhaben, die ungenannte Person zu decken, in dieser Unterhaltung vollkommen erreicht hat.

Bullerjahn wird sich also in der Hauptverhandlung gegen Beschuldigungen verteidigen müssen, deren Urheber er nicht vor sich sieht, den er nicht mit seinen Fragen ins Gedränge bringen kann. Der Anwalt aber begeht jetzt den größten Fehler, der überhaupt denkbar ist. Er gibt sich mit matten Protesten zu-

frieden, statt den Mann von sich aus als Zeugen zu laden, den sein Mandant immer wieder als den allein möglichen Träger des Pseudonyms „ungenannte Vertrauensperson“ gekennzeichnet hat: den Herrn Paul von Gontard. Selbst wenn der Senat des Reichsgerichts diese Ladung ablehnte, hätte der Anwalt den Mann laden können, notfalls sogar durch den Gerichtsvollzieher. Er hat es leider nicht getan. Im anderen Fall hätte es niemals zu diesem eklatanten Justizirrtum kommen können.

Zum 27. Oktober ist zuerst der Termin zur Hauptverhandlung angesetzt. Aber der Zeuge, der sich aus der Strafanstalt Waldheim in Sachsen gemeldet hatte, um zu bekunden, daß er, der wegen Spionage zugunsten Frankreichs eine längere Zuchthausstrafe verbüßte, aus seinen Spionagetagen her den Namen Bullerjahn kenne, ist nicht ver-

fugbar. Dieser klassische Zeuge will behaupten, ein Hauptmann Bullerjahn habe mit der französischen Spionage in Mainz in Verbindung gestanden. Die Behauptung ist unsinnig, nicht nur deshalb, weil Bullerjahn nie Offizier geworden ist. Der Zuchthäusler Abel aus der Anstalt Waldheim hatte vorher erwiesenermaßen mit dem Kriminalkommissar Goepner in Verbindung gestanden; dem hatte er als Agent gedient, und nur von Goepner kann er überhaupt von dem Verfahren gegen Bullerjahn Kenntnis erhalten haben, dem öffentlich in den Zeitungen oder sonstwo war nichts darüber berichtet worden. Da Abel aber zum 27. Oktober zu einem anderen Termin in Landesverratsachen in München gebraucht wurde, muß die Verhandlung gegen Bullerjahn verschoben werden.

Als neuer Termin wird der 6. November bestimmt. (Weitere Artikel folgen.)

Wie Proletarier gemordet werden

Infamer Racheakt

Dynamit gegen Arbeitskontrolle

Aussig, 20. Februar 1932

In den hiesigen Städtischen Steinbrüchen kam es heute vormittag zu einer schweren Explosion, der vier Arbeiter, darunter der 37jährige Schießmeister Hortic, zum Opfer fielen. Schwer verletzt wurden der Sekretär des Transportarbeiterverbandes, Werner, und zwei Arbeiter. Die Explosion hatte eine ungeheure Wucht; zwei der Leichen wurden durch ihre Gewalt etwa 15 Schritte weit geschleudert, die Trümmer der Schmiede, wo sich das Unglück ereignete, fand man 300 Schritt weit. Fensterscheiben wurden eingedrückt und die Telephondrähte in der Umgebung zerrissen.

*

Die Erhebungen ergaben, daß hier ein Racheakt des Schießmeisters Hortic vorlag. Der Schießmeister Hortic steckte nämlich aus Rache 10 Kilogramm Dynamit in Brand, als heute der Verbandssekretär Werner zur Untersuchung einer Verfehlung in der Holzschmiede erschien. Auch Werner ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen.

Kriegsgedenktag



500 000 deutsche und französische Soldaten starben von Geschossen zerfetzt und von Gasen zerfressen im Kampf um Fort Douaumont, an dessen Stelle heute ein Leuchtturm steht.

Als man bei den Aufräumarbeiten um Douaumont einen verschütteten Betonleier freilegte, standen dort — Jahre nach dem Krieg! — 105 deutsche Soldaten, feldmarschmäßig zum Sturm angetreten: von Gasen erfaßt und zu Mumien versteinert.

*

In der Pariser Sorbonne werden unter dem Vorsitz des früheren Ministers Ferry Lehrkurse gehalten, in denen die Hörer über die wirkungsvollsten Mittel unterrichtet werden, die der Bevölkerung der Großstädte zum Schutze gegen Gasangriffe zur Verfügung stehen.

Zunächst sollen Reserveoffiziere und Zivilisten über das Verhalten unterrichtet werden, das sie im Falle von Gasangriffen zu beobachten haben. Die in Frage kommenden Personen sind in zwei Gruppen eingeteilt worden: die eine besteht aus jenen, die im Kriegsfall aktiven Dienst tun, und die zweite aus

Männern, die willens sind, sich zur Hilfeleistung für die Zivilbevölkerung zu melden.

Der Plan soll in immer größerem Maßstab weiter ausgebaut werden, und man hofft, daß bis zum Oktober jedes Pariser Arrondissement eine eigene Zentrale zur Belehrung über die erste Hilfe im chemischen Kriege haben wird.

*

Vor kurzem hat sich in Magdeburg eine Vereinigung konstituiert, die der deutschen Bevölkerung die notwendige Belehrung für den kommenden Gaskrieg zuteil werden lassen will.

Auch hier heißt das ganz harmlos „Luftschutz“.

*

Natürlich muß man sich gegen die bösen Feinde schützen. Und man tut das sogar so intensiv, daß man aus lauter Begeisterung über den vortrefflichen Schutz früher oder später seine Haltbarkeit auf die Probe stellen wird.

Hinterher bauen wir dann wieder Denkmäler...

Hackebeil-Skandal

Betrügerische Aktienmanipulation

Berlin, 20. Februar 1932.

Gegen den ehemaligen Generaldirektor Guido Hackebeil von der inzwischen in Konkurs geratenen Guido Hackebeil A.-G. schwebt schon seit Monaten bei der Staatsanwaltschaft I Berlin ein Ermittlungsverfahren. Generaldirektor Hackebeil wird

der Bilanzfälschung und des Konkursverbrechens beschuldigt.

Hackebeil, der im Aufsichtsrat saß, wird vorgeworfen, daß er über die Danatbank durch die Hackebeil A.-G. betrügerische Aktienmanipulationen vorgenommen hat. Hackebeil soll dadurch die Gläubiger der Hackebeil A.-G. um annähernd eine Million geschädigt haben.

Freitag nachmittag wurde Generaldirektor Hackebeil von Kriminalbeamten festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt, wo er einem eingehenden Verhör unterzogen wurde. Der Verdacht, daß sich Hackebeil strafbare Handlungen zuschulden kommen ließ, hat sich nun während der Vernehmung derart verstärkt, daß von der Staatsanwaltschaft seine vorläufige Festnahme angeordnet wurde. Darauf wurde er in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

In das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft sind übrigens auch der Mitinhaber der Danatbank, Generalkonsul Dr. jur. August Straube, und der Danatbankdirektor Wilhelm Schneider, die beide im Aufsichtsrat der Hackebeil A.-G. saßen, verwickelt.

*

Haftbefehl erlassen

Berlin, 20. Februar 1932.

Gegen den Generaldirektor Guido Hackebeil, der nach seiner gestrigen Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft festgenommen und ins Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, ist nunmehr wegen Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr Haftbefehl erlassen worden. Hackebeil wird der Bilanzfälschung, weiterer Konkursverbrechen, des Betruges und der Untreue beschuldigt.

Proletarische Tragödie

Dömitz/Elbe, 20. Februar 1932.

Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich heute morgen gegen 7 Uhr in der Ortschaft Heidhof. Die Frau des Arbeiters und Häuslers Jahnke warf, während ihr Mann sich auf der Arbeitsstelle befand, ihre beiden drei und neun Jahre alten Kinder in einen Brunnen, aus dem sie nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Nach der Tat setzte die Frau die Betten in Brand. Die Wohnung brannte vollkommen aus. Seitdem ist die Täterin verschwunden; man vermutet Selbstmord. Der Anlaß zu der furchtbaren Tat ist noch nicht bekannt.

In den Flammen umgekommen

Rom, 20. Februar 1932

In einer Ortschaft im Groedner Tal (Südtirol) fanden drei Kinder den Tod in den Flammen. Die Mutter hatte ihre Kinder abends zu Bett gebracht und dann einen Bekannten in der Nachbarschaft aufgesucht. Als sie sich nach einiger Zeit zum Heimgehen anschickte, sah sie ihr Häuschen in hellen Flammen stehen. Man fand eines der Kinder tot im Bett und die beiden anderen als Leichen im angrenzenden Stall, wohin sie vor dem Feuer geflüchtet waren, das durch einen alten Ofen entstanden war.

Feuilleton der SAZ

Totengedenktag

Schau dir mal Vatern an, mein Kind — du bist nun 14 Jahre.

Und 14 Jahre sind es wohl bald her. Sie holten ihn und hängten ein Gewehr um seine schmalen Schultern, weihten den Mann zum Helden, sprachen wunderbare Worte . . . Eine Nummer gab man, auch noch einen breiten

Segen Gottes. Doch die Marke war aus Blech.

Und die Sonne grinste gelb und frech.

Vater — tot — lebt nur auf blassen Bildern. Mein Kind, du mußt, du mußt gedenken! Wenn sie Vatern einen Tag erinnern

schenken, meine Bitternis wird es kaum mildern . . . Sie, ja sie, die diesen Krieg gemacht, überall, und die ihn glücklich überstanden, die gejubelt über jede Schlacht, die den Krieg ganz angenehm empfanden —

Dividenden! Kind — doch das verstehst du nicht —

O, man kann vom Sterben leben. Für die einen ist die heilige Pflicht, sich zu opfern — ja, das ist es eben.

Gestern, heute, morgen steigt der Rauch, der betäubt, bis wieder welche fallen. Ueber allen glänzt ein fetter Bauch. Ueber allen.

Deines Vaters Leib ist unauffindbar, doch was seine Augen sagen, sollst du hören: Wunden gibt es, unverwundbar, die den Schlaf auch des Gerechten stören — Du sollst nicht der Toten mehr gedenken, sprich und handle für das Leben, das die Mutter nachgebar!

Du mußt Zukunftswillen tief in dich versenken.

Wie es Wunsch der Toten war.

Melchior Douglas.

Kleines Feuilleton

Literatur und Oktoberrevolution.

Der 15. Jahrestag der Oktoberrevolution soll in Rußland feierlich begangen werden; vor geraumer Zeit erhielten 70 Dramatiker Aufträge für Festspiele und Vorschüsse von insgesamt 175 000 Rubel. Man hofft, daß im Laufe des Juli etwa 20 Stücke vorliegen werden.

Entdeckung zweier Holbeins.

Gelegentlich einer Versteigerung in dem berühmten Londoner Auktionshaus Christie wurden zwei Miniaturen entdeckt, die von Sachverständigen als einwandfreie Werke Holbeins erklärt werden. Es sind zwei Porträts des Themas: Cromwell, Earl of Essex, und stammen den Insignien nach aus seiner Amtszeit als Groß-Siegelbewahrer, also aus den Jahren 1536/39.

Wincklers „Bomberg“ wird verfilmt.

Die Gloria-Filmgesellschaft hat Josef Wincklers bekanntes Buch „Der tolle Bomberg“ zur Verfilmung erworben. Die Außenaufnahmen werden größtenteils in Münster, der Stadt, die Bombergs Streiche in Wirklichkeit erlebte, gedreht werden.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

52. Fortsetzung.

Es werden Cocktails herangereicht, streng antikoloniale, für die Öffentlichkeit bestimmte. Der französische Chef hat sie kreiert und nennt sie, wie es sich in einem Prohibitionsland für einen Cocktail ziemt, „quelques fruits et fleurs“.

Sie bestehen aus Rosenöl, Pfefferminz, Tamarinde, Granatapfelsaft, Veilchenaroma, — so raten die Gäste.

„Der Erfinder verdient jedenfalls mehrere Jahre Zuchthaus“, erklärt Billie, Marjories Bruder, „man müßte eine Flasche Kognak trinken, um den gemeinen Geschmack hinunterzuspülen.“

„Die Reporter sollen eben dem Publikum mitteilen können, was wir zu trinken gewohnt sind. Es ist immer besser, man bedauert uns, statt uns zu beneiden.“

Die Reporter, unter ihnen viele weibliche, sitzen zwischen den Gruppen umher und suchen nach bekannten Persönlichkeiten, deren Kleider sie beschreiben könnten.

Herr Fish denkt in seinen rachsüchtigen Phantasien, daß er es leicht hätte, sich hier mit seinen Enthüllungen an die Presse zu wenden. Wenn es den Reportern, die mit solchem Eifer die Dekoration des Saales, die Kleider und die Schmuckstücke der Damen beschreiben, an Stoff mangelte, er, Herr Fish, könnte ihnen genügend liefern.

Statt sich mit Belanglosigkeiten abzugeben, könnten sie ihm um Informationen

Mein Freund verweist

Eigentlich sind die Zeiten ja nicht gerade so, daß man von Freunden — die natürlich arbeitslos sind — berichten könnte, sie seien verweist. Und Werner ist doch verweist. Die Brüning-Regierung macht eben den erwerbslosen Proleten doch noch mehr fröhliche Tage, als wir dachten.

Montag mittag treffen wir uns auf dem Marktplatz: fünfzehn Genossen, dann kommt Werner, der verweisen will, jawohl, in einer dreiviertel Stunde muß er im Marstallgefängnis sein. Glaubt ihr, wir hätten darum diese Stimmung gehabt? Wozu denn, na, schließlich sind wir alle Gefangene. Und wenn dann einer etwas fester eingebunkert wird, dann ist doch nichts besonderes dabei. Er braucht sich nicht einmal um sein Essen zu sorgen. Was will er noch mehr? Sagen wir also, Werner ist auf Furlungsurlaub auf Staatskosten.

Weswegen er zwei Monate aufgebremmt bekommen hat? Nicht weil er auf Grund der Verwechslung der bürgerlichen Eigentumsbegriffe oder ähnlicher Dinge mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist. Nein, damals trug er noch die Reichsbannerjacke, das Schild mit den Farben der Republik an der Mütze, den Winkel des Gruppenführers auf dem Arm. In der Heide waren sie mit SA-Leuten zusammengetroffen, die eine kleine RB-Gruppe angriffen, weil sie sich in der Ueberzahl wähnten. Dann hatte es allerdings furchtbare Senge gegeben, die Hitler-Söldlinge hatten sich verrechnet. Auch Werner rechnete ab. Sie schützten sich doch selbst und „ihre“ Republik.

Die Richter dieser Republik waren aller-

dings anderer Meinung. Sie ließen Werners Zeugen gar nicht zu, und mit nichts, dir nichts hatte er zwei Monate weg. Da war nichts mehr zu wollen.

Von der Illusion, für die Republik marschieren und sich schlagen zu wollen, ist Werner seitdem gründlich kuriert. Er ist einer unserer besten Genossen geworden. An jenem Montagmittag, als wir ihn zum Ausgangspunkt seiner Frühjahrsreise brachten, war er fester als sonst. Wir haben ihm nur geraten, noch fester zu werden. Stahlhart zu werden. Ich bin überzeugt, das Gefängnis wird ihn härter noch machen, wird ihn als doppelten Kämpfer uns wiedergeben.

Wenn dann die Reise zu Ende ist, dann wird er hoffentlich recht vielen Reichsbannerproleten beibringen, wie die Republik ihren „treuesten Sohn“ behandelt. Zeit wird er dazu haben, denn aus der Arbeitsstelle ist er natürlich sofort herausgeflogen, als er verurteilt war.

Mit einem fünfzehnfachen „Freundschaft“ ging er an jenem Mittag von uns, unser „Freundschaft“ hat er mit ins Gefängnis genommen. „Freundschaft“ allen Proleten, die um der Bürgerruhe willen dort eingesperrt sind. Die meisten werden länger als Werner, weit mehr als zwei Monate.

Alles für die Republik. Diese Republik wird sich wundern, welche Ernte die Saat ihrer politischen Gefangenen bringt. Eine Ernte, die nicht nur höhnen wird wie wir, als wir Werner in den Marstall schickten:

Für die deutsche Republik im Gleichschritt — marsch! hf.

„Junge Frau von 1914“

Wir haben heute zu tun mit der Frau von 1932, mit der Unzahl von Problemen, die sich aus ihrem sozialen und wirtschaftlichen Sein, aus der ungeheuer schnellen Wandlung der Voraussetzungen ihres Schicksals in den letzten zwanzig Jahren ergeben. Was sich sonst langsam und organisch wachsend in Jahrzehnten vorbereitet, hat sich seit dem Jahre 1914 mit so überstürzender Schnelligkeit überschlagen, daß es der Generation, die in diese schnellste und unübersehbarste aller Zeiten hineingeboren wurde, vollends unmöglich sein muß, sich zu orientieren in dem Woher und Wohin, daß die Gewinnung eines festen Standorts mit fester Zielrichtung heute notwendig eine ungelöste Aufgabe bleiben mußte.

Die wirtschaftliche Emanzipation der Frau, lange vorbereitet durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, ist erst durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre, durch das Verarmen breiterer Mittelschichten und wirtschaftlichen Zwang zur allgemeinen Tatsache geworden. Aber wenn irgendwo, so sehen wir hier, daß das Bewußtsein sich nur allmählich den ökonomischen Wandlungen anpaßt, ja daß häufig sogar eine Reaktion eintritt, die den Tatsachen des Seins zuwiderzulaufen scheint. Die Befreiung der Frau, jahrzehntelang angestrebt und verwirklicht in wenigen Jahren, trat in Erscheinung in einer Form, die keinen der Blühträume reifen ließ, den ihre Vorkämpfer mit ihr verbunden hatten. Wirtschaftsnot und Massenelend verwandelten die neugewonnene Freiheit in neue Fesseln. Kein

Wunder, wenn hier, wie so oft, Ursache und Wirkung verwechselt wurden, wenn die große Mehrheit der Frauen heute in ihrer Freiheit einen Fluch erblickten, den sie möglichst schnell wieder von sich werfen wollen. Kein Wunder, wenn heute eine Bewegung wie die der Nationalsozialisten ihre starke Anhängerschaft unter den Frauen findet, denen sie die „gute, alte Zeit“, den Schutz durch der Mann und die Abhängigkeit von der Familie in Aussicht stellt.

Jeder Wegweiser durch diese Verworrenheiten muß uns also willkommen sein. Und der Kompaß wird um so sicherer sein, je näher er an die Anfänge dieser undurchsichtigen Epoche führt. Diese Anfänge liegen für unsere Generation in dem Jahr 1914, dem Anfangsjahr der großen Revolution, die heute noch nicht zu Ende ist. Und wenn ein Dichter wie Arnold Zweig es uns in seinem jüngsten Werk „Junge Frau von 1914“*) wieder lebendig machen will, so haben wir allen Grund, dankbar und erwartungsvoll nach diesem Buche zu greifen.

Um es gleich vorweg zu nehmen: von dieser Erwartung aus — und von welcher sonst könnten wir an das Buch herangehen? — ist es eine Enttäuschung. Wir glauben es — trotz aller Aktualität des historischen Hintergrundes — dem Dichter nicht, daß diese Leonore Wahl, das Mädchen aus gutbürgerlichem Hause, dem der Krieg den

*) Arnold Zweig: Junge Frau von 1914 (Gustav Kiepenheuer Verlag, Berlin).

Freund entreißt, als er ihr am nötigsten ist, daß diese junge Frau, die den zunächst widerstrebenden Eltern die Erlaubnis zur Heirat mit dem mittellosen Schriftsteller abringt, daß sie die Frau unserer Generation ist. Der innere Widerspruch ihrer jungen Jahre, den sie mutig zu lösen weiß — daß die wohlbehütete höhere Tochter, die um Erlaubnis bitten muß, ehe sie ihr Leben gestalten kann, für sich die bürgerlichen Schranken längst überschritten hat, längst die Frau des geliebten Mannes geworden ist — das kann für uns kein Problem mehr sein.

Das scheint uns heute das Problem unserer Großmütter, bestenfalls unserer Mütter zu sein, aber keine Frage, auf die wir noch einen einzigen Gedanken, geschweige denn ein ganzes Buch verschwenden mögen.

Und wenn das Buch dennoch nicht Vergebung an Zeit und Gedanken ist — dann aus einem Grunde, der fernab vom Thema liegt. Dann durch seine künstlerische Gestaltungskraft und durch die Behandlung von Dingen, die zeitlos sind. Es ist nur ganz zufällig der Krieg, der Bertin fortführt in dem Augenblick, da Leonore ein Kind erwartet, das nicht geboren werden darf. Der Krieg ist hier nur irgendein Ausweg, irgendeine Flucht — die bequemste vielleicht — von den vielen, die möglich sind und die immer sein werden. Das ist zwangsläufiges und zeitloses Geschehen.

Und ebenso ist es das Schicksal der Leonore, das ja im Entscheidenden nicht berührt wird vom Bestehen oder Nichtbestehen von Gesetzesparagrafen. Das Bewußtsein, mit dem sie sich dem Arzt ausliefert: „das wird ein Alb bleiben mein Leben lang“ — ein Bewußtsein, das niemals täuscht — das Erwachen aus der Narkose „wie ein zusammengekülltes und in die Ecke geschmissenes Papier“ und „wie mit eisernem Rechen, fünfzinkiger Teufelshand war weggerissen und herausgefegt aus ihrer Seele auch das Gefühl der Unantastbarkeit, der Mut der Jugend, die Ahnungslosigkeit vor dem Leben, all das Quellende und Ratselvolle, ihr gläubiges Vertrauen in den guten Gang der Welt, alle die Vordergründe und schönen Vorhänge, mit denen der Wille zum Leben die Wirklichkeit verhängte“ — das ist nicht die junge Frau von 1914, das ist zeitlose Gestaltung: wie es 1914 gewesen sein muß, wie es 1914 und 1924 war und auch 2014 nicht anders sein kann.

Was Arnold Zweig schaffen wollte: ein Zeitgeschehen und menschliche Entwicklung in ihren Beziehungen gestalten — das ist ihm nicht gelungen. Was er mit diesem Buch wohl nicht wollte: zeitlos gültiges Erleben der Frau mit tiefer künstlerischer Kraft formen — das ist ihm gelungen.

Zu diesem zweifältigen Werk wird man darum, je nach dem Standort, sagen müssen: ein überflüssiges Buch — oder ein tiefes, echtes, schönes Frauenbuch, voll künstlerischer und menschlicher Werte. Es ist nicht das Buch, das geschrieben werden mußte, auf das wir warten.

Das Buch der Frau des 20. Jahrhunderts ist noch ungeschrieben. Vielleicht ist es noch zu früh dazu. Dora Fabian.

Notenschrift ohne Vorzeichen

Der junge norwegische Komponist Linge hat soeben ein kleines Büchlein erscheinen lassen, das den Titel trägt: „Die Unterdrückung der Kreuze und Bes“. Er macht darin den Vorschlag, ein System einzuführen, das zur Erleichterung des Musikstudiums und zur leichteren Lektüre der Noten die den Notenwert erhöhenden oder erniedrigenden Vorzeichen der Kreuze und Bes beseitigt.

heute nicht loswerden. Nicht nur von Herrn Fish, der ihr auflauert, scheint ihr Gefahr zu drohen, sie fühlt, es gibt überhaupt keine Sicherheit. Wie ist es möglich, daß sich die anderen nicht fürchten?

Die Reporterin notiert; sie wird aus Marjories Erzählung eine recht farbige Geschichte machen. Für die Frauen, die „Beherrscherinnen Amerikas“, ist im Zeitungsbetrieb nur ein bestimmtes Fach reserviert. Sie plaudern über die „Gesellschaft“, über das Glück, Amerikanerin zu sein, über die Mode und über die Wege zu ewiger Jugend und Schönheit. — Kenntnisse, von denen sie aber selbst nicht immer Gebrauch zu machen scheinen. Sie gleichen Kanarienvögeln, denen man die Augen ausgestochen hat: blind, ohne ihre Umgebung, die rauhe Wirklichkeit, zu sehen, zwitschern sie unbekümmert darauflos.

Marjorie sucht Schutz bei ihrem Mann.

Herr Fish folgt ihr.

Er ist jetzt ganz dienstfertiger Kellner.

Der junge Ehemann liest schauernd das Menü.

„Ich kann mir doch nicht meinen Magen verderben, nur weil ich heute geheiratet habe“, sagt er zu Herrn Fish, der ihn bedienen soll. „Legen Sie zwei Eier auf drei Minuten in siedendes Wasser, aber lassen Sie sie nicht kochen, ein Glas Milch und zwei Scheiben Toast, das ist alles.“

Herr Fish würde lieber den jungen Ehemann in siedendes Wasser tun.

„Wenn man ein guter Sportsmann sein will, muß man wie ein Kind leben“, erklärt Edgar Sedwick. „Ein Kind von fünf Jahren entfaltet mehr Vitalität als ein Schwerarbeiter; man lebe also wie ein Fünfjähriger.“

Marjorie ist nicht ganz sicher, ob diese Frugalität nicht den Reportern zuliebe, die immer noch in ihrer Nähe herumhorchen, zur Schau gestellt wird.

Jedenfalls, findet Marjorie, hat Edgar etwas Sauberes und Frisches, freilich auch

Langweiliges, aber er ist besser als die älteren Männer, die noch den Krieg mitgemacht haben. Auf alle, auch wenn sie nicht aktiv an ihm teilnahmen, hat er dunkel abgefärbt, hat sie böse und undurchdringlich gemacht.

Herrn Sommer, der es in Amerika weit gebracht hatte und der dem jungen Ehepaar gegenübersteht, gefällt aber nicht die übertriebene Genügsamkeit Edgars.

„Hehe, wie ein fünfjähriges Kind, nun, wir wollen hoffen, daß Sie dieses Programm nicht allzu wörtlich ausführen werden. Ja, Sie haben es leicht, Sie haben sich den richtigen Vater ausgesucht. Sehen Sie mich an, ich habe die Vitalität von einem Dutzend fünfjähriger Kinder — und die brauche ich, bei Gott.“

Er stopfte sich gleichzeitig gesalzene Pistazien und Oliven in den Mund und knabbert an Staudensellerie, während er mit überraschender Schnelligkeit Hummern verschlingt.

Er ist Unternehmer der größten Wolkenkratzerbauten. Geraten „kleinere Häuser von etwa zwanzig Stockwerken in seine Hände, kann man sicher sein, daß er sie sofort niederreißen lassen wird, um mächtigeren Bauten Platz zu schaffen. Man erzählt sich, daß er, bevor er nach Amerika kam, kein höheres Haus gesehen hätte als das einstöckige Herrschaftshaus in seinem Dorf. „Mein Lieber“, spricht er weiter zu dem frischgebackenen Ehemann, „wenn man Häuser baut und mit Arbeitern umzugehen hat, braucht man mehr Vitalität, als wenn man einige Bälle springen läßt. Sie würden staunen, junger Mann, was man da Nerven braucht! Diese Gesellschaft möchte uns Bedingungen diktieren. Wenn man sein eigener Herr bleiben will, muß man auf der Hut sein, man muß den Leuten zeigen, daß man keine Organisation, keinen Zusammenschluß duldet. Ich stehe auch allein und wünsche mit meinen Leuten einzeln zu verhandeln. Aber um seinen Willen durchzusetzen, dazu braucht man Kraft, mit zwei Eiern kann man das nicht schaffen.“

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Demokratie und Diktatur Von Otto Holm-Hamburg

Die ungeheure Veränderung im Wirtschaftsapparat, die wir heute erleben, ist begleitet von einer starken Umschichtung der Gesellschaft. Bürgerliche Mittelschichten, deren wirtschaftliche Existenz zum Teil noch Ueberreste einer rückständigen Wirtschaftsform sind, verproletarisieren. Die technische und ökonomische Veränderung in der Landwirtschaft erzeugt auch hier eine neue proletarische Schicht.

Das ungeheure Anschwellen eines akademischen Proletariats, das gleichfalls nach vollendetem Studium nur den Arbeitsmarkt belastet, läßt einen neuen Gefahrenherd entstehen. All jene Schichten zusammen mit den entwurzelten Schichten des Proletariats sind das willige Rekrutierungsmaterial für den Faschismus. Sie sind instinktiv kapitalfeindlich, das Wort „Sozialismus“ in Verbindung mit dem Vorwort „National“ hat auf sie faszinierende Wirkung. Sie können und wollen z. T. auch nicht erkennen, daß jene Bewegung eigens von der Großbourgeoisie ins Leben gerufen wurde und finanziell unterstützt wird, damit sie gegebenenfalls als Prätorianergarde für die Vormachtstellung des Monopol-Kapitalismus benutzt werden kann.

Die Demokratie, für die das Bürgertum einmal gekämpft hat, als es noch durch den Feudalismus und den Halbfeudalismus in seiner Entwähnung behindert wurde, ist jetzt problematisch geworden; besonders sie jetzt problematisch geworden; besonders nachdem man erkannt hat, daß dieselbe für das Proletariat ein günstiger Kampfboden geworden ist. Wir dürfen nicht verkennen, daß die politische Demokratie, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, gleichfalls für die Entwicklung des Kapitalismus in die Hochphase hinein, die er heute erlangt hat, die allergünstigsten Voraussetzungen schuf. Die Demokratie wird in den kapitalistischen Staaten vom Kapitalismus einseitig zu seinen Gunsten ausgenutzt. Das scheinbare Versagen der Demokratie darf aber die Arbeiterschaft keineswegs veranlassen, ihren ungeheuren Wert zu verkennen und damit etwa den Kampf um ihre Wiedererlangung resp. die Verteidigung der wenigen demokratischen Positionen aufzugeben. Sie hat 80 Jahre um die Demokratie gekämpft und wird auch weiter darum kämpfen müssen. Das darf auch in der jetzigen Zeit, wo das Bürgertum die politische Demokratie, denn um diese handelt es sich zunächst nur, gern durch die Diktatur beseitigen möchte, nicht verkannt werden. Ohne Zweifel ist der heutige Zustand, unter dem das Proletariat das Wirken der politischen Demokratie sieht, nicht danach angetan, das Interesse für sie und ihren Wert richtig einzuschätzen. Max Adler hat 1926 eine Schrift unter dem Titel „Politische oder soziale Demokratie“ herausgegeben, die gerade heute eine Fundgrube für die Arbeiterschaft darstellt, um dieses Problem und seine richtige Einschätzung zu beurteilen.

Der Weg zum Sozialismus ist in jedem Lande bedingt durch Wirtschaftsstruktur, geographische Lage, politische Vergangenheit und Reife des Proletariats.

Wenn in Rußland durch den Sieg der Bolschewiki die Diktatur des Proletariats scheinbar Tatsache geworden ist, so dürfen wir nicht verkennen, daß das, was sich dort als Diktatur des Proletariats ansprechen läßt, eigentlich nur der Terror einer kleinen Führerschicht der kommunistischen Partei ist. 95 Proz. der russischen Bevölkerung waren bis Revolutionsbeginn in der Hauptsache Landproletariat, das wie ein Tier unter dem Druck des Absolutismus und seiner rückständigen Wirtschaft vegetierte. Des Lesens und Schreibens nicht kundig, wären diese ungeheuren Bevölkerungsmassen bei der Einführung der politischen Demokratie fraglos ein williges Werkzeug in der Hand reaktionärer Desperados geworden. Auf Grund dieser eigenartigen russischen Verhältnisse und der revolutionären Vergangenheit Rußlands ist diese Herrschaftsform zur Durchführung einer sozialen Revolution wohl die einzig mögliche. Der Aufbau eines Wirtschaftssystems, das dem Kapitalismus der übrigen Welt völlig wesensfremd ist, kann gleichfalls nur unter einem solchen terroristischen Joch geschehen. Wir dürfen nicht verkennen, daß die bolschewistische Revolution in ihrem Anfang doch eigentlich eine Agrarrevolution gewesen ist, die dem Landproletariat Land — also Produktionsmittel — zu eigen gab, wenn auch unter gewissen Voraussetzungen, so daß das Staats-eigentum nicht völlig aufgehoben wurde. Es entstand eine neue Land-Bourgeoisie — die der Weiterführung der sozialen Revolution feindlich gegenüberstand.

Sollte die soziale Revolution nicht gefährdet werden, mußte der Staat zu ihrer Rettung mit terroristischen Mitteln eine erneute Verproletarisierung dieser neu entstandenen Gesellschaftsschicht anstreben. Dieser

Entwicklungsgang der russischen Revolution ist so ein einzigartiger — wie er in den westeuropäischen Industrieländern niemals denkbar ist. Die Voraussetzungen für den Anschluß der verproletarisierten Schichten aus dem deutschen Bürgertum an das revolutionäre Industrieproletariat sind nicht gegeben. Falls das Bürgertum zu dem äußersten Mittel einer Diktatur schreiten sollte, die auch die letzten Reste der Demokratie zu beseitigen droht, muß das Proletariat zur Gegenaktion ausholen, um die politische Demokratie zu retten, und den Vorstoß zur Erlangung der sozialen Demokratie unternehmen.

Es wäre eine sträfliche Illusion, daß dieser Kampf, der ein revolutionärer ist, anders ausgefochten werden kann, als von dem Teil des Proletariats, das den Sozialismus will. Eine „eisernen Front“ mit irgendwelchen proletarischen Teilen, die „ste noch ideologisch-politisch im Lager des Bürgertums stehen — also den Kapitalismus nicht durch den Sozialismus ersetzt sehen wollen —, kann diese Aufgabe nicht lösen. In einer solchen Situation kann gegebenenfalls das Proletariat nur die Diktatur von sich aus gegen die Klasse der Groß-Bourgeoisie und ihren Anhang durchführen. Diese darf aber nicht etwa die Diktatur einer Partei oder einer Gruppe von Führern darstellen, denn eine solche Herrschaft wäre bestenfalls nur eine Führerrolle über die Arbeiterschaft. Eine solche Herrschaftsform — Diktatur des Proletariats — kann ausgehen nur von der großen Masse des sozialistischen Proletariats. Eine solche Aktion würde ohne weiteres den Bürgerkrieg auslösen, aus dem das Proletariat sicher nicht als Sieger hervorgehen würde, wenn sie nicht getragen wird von Willen und Vertrauen der breitesten sozialistisch orientierten Massen. Eine Parteidiktatur hingegen, ganz gleich von welcher Seite der beiden sozialistischen Flügel, würde nur einen Versteinerungsprozeß in den eigenen Reihen auslösen und für die verproletarisierte Schicht des Kleinbürgertums sicher keine Anziehungskraft haben, sondern sie völlig in die Arme des Faschismus treiben. Die Diktatur des Proletariats kann in Westeuropa — besonders in Deutschland — nur ein vorübergehender Ausnahmezustand sein, um die Groß-Bourgeoisie zur Abdankung zu zwingen und die Voraussetzungen für die sozialistische Wirtschaftsform zu sichern. Sie muß sein die Eroberung des Staates zur restlosen Durchführung der sozialen Demokratie; die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie, wie Marx es ausdrückte in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ anläßlich der Pariser Kommune. Auch der Staatsapparat der bürgerlichen Republik kann nicht anders, als im Dienste der besitzenden Klassen stehen. Eine Durchdringung des Staatsapparates seitens des Proletariats hat sich in den letzten 13 Jahren und wird sich auch künftig als unmöglich erweisen.

Die Revolution von 1918 konnte in ihrem politischen Teil nicht über das Ziel einer bürgerlichen Revolution — Erlangung der politischen Demokratie — hinausgehen. Und heute erkennen wir, daß erhebliche Teile des Proletariats von der marxistischen Staatsauffassung, daß jeder bürgerliche Staat nur ein Klassenstaat im Dienste des Bürgertums ist, keine Ahnung haben. Aber immerhin hat das Proletariat auch in den westeuropäischen Ländern — selbst in Deutschland — mancherlei Einfluß auf die Selbstverwaltungskörperschaften der Gemeinden, so daß, allein von hier aus gesehen, heute den Arbeitern zu sagen: „Euer Kampf um die Demokratie ist sinnlos“ diese Arbeiter ganz gewiß nicht für eine revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen vermag.

Gleichfalls darf nicht verkannt werden, daß revolutionäre Aktionen, wie sie heute in Westeuropa und besonders in Deutschland gegenwärtig nur möglich sind, wahrhaftig nichts mit Barrikaden- und Maschinen-gewehrromantik zu tun haben. Die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse beruht auch heute noch in der Hauptsache auf ihrer Wirtschaftsfunktion. Keine Macht kann sich im Staate selbst mit den rigorossten Mitteln halten, wenn die breiten Massen der Werk-tätigen diese wichtige Wirtschaftsfunktion für die Aufrechterhaltung des heutigen Systems nicht mehr zur Verfügung stellen würden. Generalstreik ist durchaus nicht Generalaufzug, wie es manche Rechtssozialisten heute so gern hinstellen. Ohne diese Waffe und ihre Anwendung hätte die Reaktion in Deutschland in den Kapptagen bereits völlig siegen können. Aus der Anwendung dieses Kampfmittels seitens der sozialistischen Arbeiterschaft kann und wird notwendig die Form der Diktatur des Proletariats zur Erringung des Zieles des demokratischen Sozialismus hervorgehen.

Nicht ins Blaue hinein diskutieren!

Von Ernst Zander-Charlottenburg

Ist es schon der Zweck einer jeden Diskussion, Klarheit zu schaffen, so muß dies bei einer innerparteilichen Diskussion noch in verstärktem Maße der Fall sein. Eine gemeinsame Klarheit kann aber nur geschaffen werden, wenn zum mindesten der, der die Diskussion einleitet, klar denkt und, noch wichtiger, sich klar ausdrückt. Es ist eine sinnlose Kraftvergeudung, wenn jeder der Partner seine eigene Terminologie benutzt. Eine fruchtbare Diskussion kann erst beginnen, wenn sich allgemein mit einem Ausdruck auch ein Begriff deckt, sodaß es nicht möglich ist, daß um Worte gestritten wird, wo über den Sinn Einigkeit herrscht, oder gar daß in der Phrase die Partei einig ist, aber in dem, was gemeint ist, völlig verschiedene Meinungen wie Köpfe sind. Um ein Beispiel dieser unscharfen Ausdrucksweise herauszugreifen, sei auf den Beitrag des Genossen Kleineibst verwiesen, der sicher zu den erbittertesten Angriffen gegen die dort vertretenen Ansichten über „Reformismus“ führen wird, obwohl Kleineibst sich wahrscheinlich — hoffentlich — nur im Ausdruck vergriffen hat.

Der gesunde Instinkt des einfachen Parteigenossen urteilt in diesem Falle richtiger, als die sprachwissenschaftliche Untersuchung, die sich verwundert fragt, warum „Reformist“ ein Schimpfwort ist, trotz der nahen Verwandtschaft mit der ehrenwerten „Reform“. Das Wort „Reformismus“ ist zu einem bestimmten Begriff geworden. Es bezeichnet eine gewisse politische Theorie, die unter den besonderen gesellschaftlichen Verhältnissen der Vorkriegsjahrzehnte zwar in marxistischen Kreisen entstanden ist, jedoch mit Marxismus nur noch wenig gemein hat, und die durch den Marxismus selbst auch unschwer zu widerlegen ist. Das äußere Kennzeichen des Reformismus ist die vom Marxismus abweichende Beurteilung der Bedeutung der Reform im kapitalistischen Staat. Nicht der Kampf um die Reform ist der Unterschied gegen den Marxismus, sondern das Wie in diesem Kampf. Der Reformismus betrachtet die Reform als Selbstzweck, weil er glaubt durch fortschreitende Reformen die selbsttätige Umgestaltung der Gesellschaft zu erzielen. In jeder verwirklichten Reform sieht er bereits ein „Stück Sozialismus in der Gegenwart“. Er glaubt, durch Reformen die Revolution ersetzen zu können. Die falsche Fragestellung des Reformisten, auf den leider die SPD kein Monopol hat, sondern den wir auch bei uns und in der KPD finden, lautet: Reform oder Revolution. Der grundlegende Fehler hierbei ist, diese beiden Dinge als zwei verschiedene Möglichkeiten zu betrachten, anstatt als zwei Phasen einer einzigen Entwicklung. Durch den Kampf um Reformen wird das Proletariat erst zu einer klassenbewußten Masse organisiert, durch diesen Kampf gewinnt es erst die Stärke und Erfahrungen, die es befähigen, die Revolution siegreich durchzuführen. Eine der wichtigsten Erfahrungen, die es im täglichen Ringen um Reformen gewinnt, ist die, daß Reformen stets durch die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft begrenzt sind und daß darum der Angriff dem Kapitalismus als Ganzem gelten muß. Diese Erkenntnis ist zwar schon heute in den revolutionären Parteien vorhanden, aber nicht im Gesamtproletariat. Da die Revolution aber nicht von einer Partei, sondern zum mindesten von der Mehrheit der Klasse durchgeführt wird, darf keine revolutionäre Partei auf das Massenaufklärungsmittel des Kampfes um Reformen verzichten. Wird dieser Kampf frei von allen Illusionen geführt, so wirkt er revolutionärer als alle Revolutionstiraden. Zur Klarstellung der Verzweigungen und Konsequenzen der reformistischen Denkweise wäre es vielleicht angebracht, weniger LL zu feiern und mehr LL zu lesen.

So gibt es noch eine ganze Reihe von Schlagworten, die um so beliebter sind, je kautschukartiger sie verwendet werden können, und die erst einmal einer klaren, endgültigen Definition bedürfen (z. B. Zentrismus, Leninismus usw.). Vielleicht wäre diese „politische Terminologie“ einmal eine Aufgabe des Schulungskurses des „Klassenkampf“.

Da der vorstehende Diskussionsbeitrag an mich persönlich mit einem kameradschaftlichen Begleitschreiben adressiert war, sei es mir erlaubt, dazu zu bemerken, daß mich nichts mehr wundert als die Polemik gegen meinen Diskussionsartikel. Denn was Genosse Zander mit anderen Worten ausführt, habe ich (kürzer allerdings) sinngemäß genau so gesagt. Und ein Unterschied der Auffassung kann höchstens darin bestehen, daß ich den deklassierenden Gebrauch des Wortes „Reformist“ an Stelle eines Arguments zurückweise und diese (und die davon abgeleiteten) Ausdrücke für mißverständlich und, als zu einseitig-beschränkter Betrachtungsweise führend, für gefährlich halte.

Wenn ich, wie der Genosse Zander in seinem an mich gerichteten Begleitschreiben meint, daß ich mir „durch eine zweideutige Ausdrucksweise unnötige Gegner in der Partei schaffe“, so muß ich das natürlich bedauern. Im übrigen aber bin ich's gewöhnt, mir Geg-

ner zu schaffen — nicht durch Zweideutigkeit im Ausdruck, sondern durch Eindeutigkeit, durch Aussprechen dessen, was ich für Wahrheit halte, und was nicht immer allzu lieb gewordener Gewohnheit entspricht. Aber das muß man als Sozialist und Revolutionär (als der ich „Reformist“ mich fühle) wohl tragen. Die Hauptsache: man hat eine Diskussion angeregt, evtl. zum Widerspruch (und damit unter allen Umständen zum Nachdenken) gereizt. Daß diese „Reizung“ zur Gereiztheit gegen mich persönlich wird, ist natürlich bedauerlich. Aber, persönlich Erfolg zu erzielen, habe ich nie als Maßstab für das Handeln eines Sozialisten angesehen.

Richard Kleineibst.

Wecht für die SAP

Von Duldhardt, Wolmirstedt

Genosse Kleineibst führte am 14. Februar 1932 in der „Tribüne“ mit Recht aus, daß der Sozialismus das Entscheidende an unserer Bewegung ist. „Das Programm der SAP darf keine Sammlung von Glaubensartikeln sein; denn wir dürfen nicht zu einer Sekte werden.“ Das ist m. E. der Kernpunkt des Ganzen. Programme können gut sein und etwas bedeuten, sie können aber auch gut sein und nichts oder wenig bedeuten. Was tun SPD und KPD trotz ihrer an und für sich wohl diskutierbaren Parteiprogramme? Sehen sie nicht engstirnig das Heil für das Proletariat nur in ihrer Partei, verkündet und durchgeführt durch ihren Parteiapparat? Sie merken gar nicht, daß sie sich damit gewollt oder ungewollt z. T. gegen die Klasseninteressen des Proletariats wenden. Ja, was hätte man selbst unter Umständen auch mit Hilfe der Weimarer Verfassung (die doch auch mit einem Programm zu vergleichen ist) für das arbeitende Volk erreichen können, wenn über der Diskussion über diese Verfassung nicht von gewissen Politikern vergessen worden wäre, den Klassenkampf energisch und rücksichtslos gegen den Klassengegner zu führen. Lernen wir doch vom Gegner! Es kommt nicht auf die Zusammentragung von sozialistischen Glaubenssätzen in erster Linie an. Für den Erfolg unserer Bewegung und die Erreichung unserer wirtschaftlichen und politischen Ziele kommt es auf den Geist an, der unsere Bewegung erfüllt.

Ich bin der Ansicht, daß unser Streben nach der Einheitsfront des Proletariats in seiner Wirkung abhängig ist, vom Anwachsen unserer Partei. Je stärker die SAP ist, je größer ist die Wirkung ihres Willens zur Einheitsfront des Proletariats. Deshalb muß der Werbung für die SAP und ihre Zeitungen alles unterstellt werden. Je schneller wir eine Massenpartei werden, je größer die Möglichkeit, das Proletariat zur Einheitsfront gegen den Klassengegner zu formieren und planmäßig in den Kampf einzusetzen.

„Radikalste“ Formulierungen im Programm tun es allein nicht. An Wortradikalismus wird die KPD von niemand zu übertreffen sein. Darauf kommt es auch gar nicht an. — Entscheidend für uns ist die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die, die Tatsache des Klassenkampfes erkennend, mit uns gewillt sind, den Sozialismus zu erkämpfen. — Für alle diese Proletarier muß unsere Partei das Sammelbecken sein. Die Programmformulierung darf die sozialistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Verwaltungen, Betriebe und Körperschaften nicht hindern, in unseren Reihen in vorderster Linie kämpfen zu können. Wir können auf keinen Teil der Arbeiterschaft verzichten. Desgleichen muß in kirchlich-weltanschaulicher Richtung das Programm der SAP das Entscheidende fordern. Jedes Mitglied der SAP muß sich restlos und mit aller Energie dafür einsetzen, daß alle kirchlichen Gemeinschaften dem bürgerlichen Vereinsrecht unterstellt werden. Dieselben dürfen nicht mehr aus öffentlichen Mitteln in irgendeiner Art und Weise unterstützt werden. Diese Forderung ist in ihrer Auswirkung weit radikaler als der Ruf: „Raus aus der Kirche“. Wirtschaftliche und seelische Hemmnisse gibt es genug, die dem einzelnen den Kirchenaustritt erschweren oder unmöglich machen. Nehmt der Kirche die Sonderstellung, die Erziehungsberechtigung und die öffentlichen Mittel, und ihr trefft sie am stärksten.

Noch einmal! Ueber allen anderen Forderungen muß der Wille stehen, die SAP möglichst schnell zur Massenpartei werden zu lassen. Der Wille zur Grundsatzfestigkeit und Zielklarheit läßt sich bei der Schaffung des Parteiprogramms durchaus mit dem Willen zur Stärkung unserer Partei vereinigen. Eins bedingt das andere! Nicht nur auf geschriebene und gesprochene Worte kommt es an, sondern in erster Linie auf den Geist unserer Bewegung.

Frauenblatt der SAZ

Die Arbeiterfrau in China

Der nachstehende Artikel ist der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnommen.

Wie in allen vom fremden Kapitalismus unterworfenen Gebieten, hat auch in China die Arbeiterfrau das traurigste Schicksal. Auf den Plätzen um die großen Spinnereien, oder aber in der Chinesenstadt, stehen ihre kleinen Bretterhütten. Eine Familie bewohnt nur einen Raum in der Größe von ungefähr dreimal vier Meter. Außer Brettern, mit Lumpen bedeckt, worauf sie schlafen, außer ihrem Kochtopf und ihren Eßschüsseln, besitzen sie fast keinen Hausrat. Und doch ist der Zins für diese „Wohnungen“ so hoch, daß er vom Essen abgespart werden muß. Es gibt keine Kanalisation, keine Müllabfuhr, bei großen Regenfällen ist das ganze Gebiet verschlammmt. Der Verdienst der Männer ist so gering, daß fast alle Frauen mitarbeiten müssen.

Der Säugling hinter der Maschine

In den Fabriken arbeiten zumeist, wie überall in der Frühzeit des Kapitalismus, ein Drittel Männer und zwei Drittel Frauen und Kinder. Frauen- und Kinderarbeit finden wir in den verschiedensten Betrieben: In Baumwollwebereien, Seidenspinnereien, Zündholz- und Tabakfabriken, in der Konserven-, Glas- und Glaswarenindustrie. Der Lohn ist sehr gering: nach unserem Geld sechsundzwanzig Groschen bis zum Höchstlohn von 1,70 Schilling im Tag.

Da sitzt die Arbeiterin in den staub- erfüllten Baumwollwebereien, heruntergekommen, in Lumpen gehüllt, zwölf Stunden täglich, jeden zehnten Tag fünfzehn bis sechzehn Stunden. Ihre Kinder bringt sie mit. Die Kleinen sortieren auf dem staub- bedeckten Fußboden die Baumwolle, die größeren arbeiten an eigens für Kinder kleinge- bauten Maschinen. Ihr Säugling hängt in diesem Staub und Schmutz hinter ihr, oder er wird, wo das verboten ist, zum Stillen zu ihr in die Fabrik gebracht. Einen Sonntag gibt es nicht, eine Essenspause nur da, wo die Maschinen mit beiden Händen zugleich be- dient werden müssen.

Kinderhände im kochenden Wasser

Dasselbe furchtbare Bild in den Seiden- spinnereien, wo die Arbeit noch qual- voller ist. Seide muß in Dampf verarbeitet werden. Von offenen Gefäßen, von undichten Röhren ist der Raum von Dampf erfüllt, und von dem penetranten Gestank der am Boden liegenden abgestorbenen Seidenraupen. Dazwischen aber legen Säuglinge und tummeln sich die Kriechlinge. Zwei Frauen werden immer von einem Kind bedient. Seit einigen Jahren dürfen nach dem Gesetz Kinder unter zwölf Jahren nicht beschäftigt werden, aber überall sieht man Kinder, die nicht älter als sechs bis sieben Jahre sein können. Tag für Tag stehen sie zwölf Stunden, jeden zehnten Tag sechzehn Stunden und rühren in Bassins mit kochendem Wasser und müssen der Frau die gerührten Seiden- kokons reichen. Unglaublich abgemagert, leidverzerzt, verrichten sie ihre Arbeit. Viele mit aufgetriebenen Bäuchen, viele mit der ägyptischen Augenkrankheit behaftet. In den Seidenspinnereien kann nur bei Tag gearbeitet werden. Die feinen Seidenfäden sind bei künstlichem Licht nicht zu sehen. Aber in andern Industrien arbeiten Frauen und Kinder auch nachts, weil überall zwei Schichten eingerichtet sind.

Frauen als Lastträgerinnen

China hat außerhalb seiner Städte keine Straßen, deshalb wird der gesamte Transport nicht nur von Trägern, sondern auch von Trägerinnen besorgt. Im Süden noch mehr als im Norden, sieht man Frauen schwere Lasten tragen, oft sind diese Lasten an Stangen gebunden und werden von zwei Frauen geschleppt. Sie tragen Lebensmittel, lebende Tiere, Textilwaren, Eisenteile, Steine, Mörtel und anderes Baumaterial in schnellem Lauf, manchmal springend. Der Fremde meint, sie singen dabei. In Wirklichkeit aber rufen sie in ihrem singenden Ton ununter- brochen: „Weg frei!“ Kinder unter zwölf Jahren dürfen nach dem Gesetz beim Lasten- tragen nicht beschäftigt werden. Man sieht aber sehr viele zwölfjährige Kinder und bleiche, hagere junge Mädchen schwerste Lasten schleppen.

Auf dem Perfluß sieht man die Frauen als Schifferinnen; schwer beladene Boote rudern sie hinauf und herunter. Sie stehen dabei, bedienen die großen Ruder. Ihre Säuglinge haben sie auf den Rücken gebunden. Schläft das Kind, so hängt sein kleiner Kopf seitlich herunter. Haben sie ihr Ziel erreicht, dann sind sie mit dem Aus- und Einladen beschäftigt, die Kinder immer auf dem Rücken.

Kinderbörsen

Die Entlohnung für Frauen ist fast über- all die gleiche. Der Durchschnittsverdienst beträgt nach unserem Gold 36—48 Pfennige, der Lohn für Kinder ist 10—12 Pfennige für den Tag. Trotzdem die meisten Kinder mit- verdienen helfen, sind sie vielen Eltern noch immer eine große Last. Es gibt Kinder- börsen, an die die Eltern die Kinder ab- geben. Von da kommen die Kinder in die großen Fabriken. Eine Kommission, die diese Tatbestände untersuchte, stellte fest, daß die Agenten für ein solches Kind monatlich vier Mark an die Eltern abgeben. Außerdem aber hat der Agent durch den Verdienst des Kindes einen monatlichen Reingewinn von acht Mark für sich selbst. Die Ernährung dieser Kinder ist ganz unzureichend und ihre Schlafgelegen- heiten sind Bretter mit Lumpen. Außerdem sind überall, wo Kinder arbeiten, Aufseher, mit Stecken bewaffnet, von denen sie reich- lich Gebrauch machen. „Aus Schadenfreude und aus Bosheit“, sagen die Kinder.

Eine Krankenversicherung gibt es in China nicht. Erleidet jemand einen Unfall, so ereilt ihn in den meisten Fällen die Entlassung; dann kann er das große Heer der Bettler ver- mehren gehen. Nur einige wenige Firmen zahlen eine ganz geringe Abfertigung. Er- wartet eine Arbeiterin ein Kind, so darf sie

vierzehn Tage lang mit der Arbeit aussetzen, eine Vergütung für diese Zeit erhält sie nicht.

Hunger

Der Verdienst für die schweren Arbeiten ist so gering, daß nicht genug zum Sattessen übrigbleibt. Die Nahrung besteht fast aus- schließlich aus Reis. Ein englischer Soldat berichtet von eltern- und obdachlosen Kindern im Alter von fünf bis sechs Jahren, wie sie sich an der Mauer ein Zelt aus Lumpen ge- macht haben, wo sie mit einem Hunde kam- pierten. Täglich umlagerte eine Horde dieser Hungervogel die Feldküche. Bei strengster Strafe war es den Soldaten verboten, Chinesen Lebensmittel zu geben. Trotz der fluchenden Stimmen der satten Offiziere, trotz Schlägen und Fußtritten, trieb der Hunger die Kinder immer wieder zur Feldküche, und immer wieder trotz Strafen und Befehlen gaben die Soldaten den Kindern Brot.

So glücklich lebt das chinesische Volk — noch bevor der Krieg brennend und zerstörend in seine Städte einbrach. Und weiße Missio- näre, die große Klöster, große Gärten und große Landgüter rings um den Stätten der furchtbarsten Ausbeutung besitzen, predigen den Chinesen den Segen der christlichen Kul- tur und Zivilisation . . . E. H.

Zwischen den Klassen

Der ungeheure soziale Umschwung, der das 19. Jahrhundert kennzeichnet: vom feudalen zum bürgerlichen Staat, und in diesem wiederum der Einbruch der proletarischen Be- wegung, hat Tragödien gezeitigt, die in den lauten politischen Tageskämpfen nur wenig Echo gefunden haben. Und doch sind sie interessant genug, daß man ihrer wieder einmal gedenkt.

Der eigentliche Grund für das beklagens- werte Schicksal des Dichters Heinrich von Kleist etwa, der mit 34 Jahren verzweifelt seinem hoffnungsreichen Leben ein Ende ge- macht hat, ist viel weniger auf dem person- lichen als vielmehr auf sozialem Gebiet zu suchen: dieser unerhört begabte Dramatiker hat sich im Kampf zwischen der junkerlichen Abstammung und den bürgerlichen Ideen der französischen Revolution zerrieben. Von beiden Seiten wurde ihm Mißtrauen entgegen- gebracht, und nirgends konnte er festen Fuß fassen. Was dem Manne versagt blieb, konnte erst recht nicht der in den Vorurteilen ihrer Adelskaste befangenen Frau gelingen. Für sie war es noch unendlich viel schwerer, sich von den Fesseln der Geburt loszumachen und sich eine ganz neue Weltanschauung zu er- kämpfen.

Zwei deutsche Aristokratinnen, die Gräfin Sophie Hatzfeld und Lili von Kretsch- mann, sind gefühlsmäßig, durch die Ver- bindung mit führenden Sozialisten, der Ar- beiterbewegung gewonnen worden. Aber beide, die Gefährtin Ferdinand Lassalles und die Gattin des Doktor Heinrich Braun, sind, ähn- lich wie Kleist, auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes geblieben.

Sophie Hatzfeld war von ihrem Vater, dem schlesischen Magnaten Fürsten Franz Ludwig, an ihrem 17. Geburtstag an ihren gleich- namigen Vetter Edmund verheiratet worden, damit ein Erbvergleich zwischen der schlesi- schen und der rheinischen Linie zustande käme. Sie war also das Opfer einer kapital- listischen Transaktion. Der Zweck der Unter- nehmung ist auch tatsächlich 46 Jahre später erreicht worden: im Jahre 1868 ist der Ver- gleich abgeschlossen worden. In der Zwischen- zeit aber ist das Werkzeug der Spekulation, die Gräfin, seelisch vernichtet worden. Die Gatten haben einander vom ersten Tage ihrer Ehe an glühend gehaßt. Der Graf spurte seine Frau ein, mißhandelte sie, verbot dem Arzt den Zutritt, wenn sie krank darniederlag, und nahm ihr die Kinder weg. Dem Erst- geborenen wurde der Haß gegen die Mutter eingepflicht, die Tochter wurde ins Kloster ge- steckt, wo sie die Mutter jahrelang nicht zu sehen bekam, und nur den Jüngsten ließ man ihrem Einfluß. Der Herr Gemahl amüsierte sich indessen mit seinen Freundinnen, die er sogar auf seine Schlösser mitbrachte, und ließ durch Zeitungsschreiber die Frau verun- glimpfen.

Als Sophie endlich nach vierundzwanzig- jährigem Martyrium nach Berlin zu ihrer Schwester zog — alle Vermittlungsversuche der Verwandtschaft, selbst eine Kabinetts- order Friedrich Wilhelms IV. hatten nichts gefruchtet — wurde sie mit dem um zwanzig Jahre jüngeren Lassalle bekannt. Die Vierzig- jährige muß eine imponierende Erscheinung gewesen sein: berühmt war ihre schöne Ge- stalt und das schwere, goldblonde Haar, das ihr später, gemeinsam mit ihrer Gesinnung, den Namen der „Roten Gräfin“ eingetragen hat. Lassalle, für Frauenschönheit leicht be- geistert, wurde ihr Freund. Aber — was wich-

tiger ist — auch ihr Anwalt. Acht kostbare Jahre seines kurzen Lebens hat er darauf ver- wandt, die Freundin aus ihrer schmachtvollen Hörigkeit zu befreien. „Ein junger machtloser Jude erhob sich gegen die furchtbaren Mächte“, hat er über sich selber und seinen unerhört kühnen Kampf gegen das allmächtige preußische Junkertum und seine verrotte Ehemoral geschrieben. Achtzehn Jahre, bis zu seinem Tode im Duell für Helene von Dön- niges, hat die Freundschaft gedauert, die mit den Jahren ihren erotischen Charakter verlor. Sophie wurde Lassalles Vertraute und mütterliche Freundin. „Liebes gutes Kind“, pflegte sie ihn in ihren Briefen anzureden.

Sophie hielt ihrem Freund über das Grab hinaus die Treue. Allen Verlockungen, in den Schoß der Familie zurückzukehren, widerstand sie — aber auch über die Verachtung ihrer Kaste setzte sie sich hinweg. Als ihr jedoch der Freund nicht mehr zur Seite stand, verlor sie den Boden unter den Füßen. Sie machte sich schon durch ihr burschikoses Auftreten unbeliebt; stark bemalt, das Haar noch rüter gefärbt, als es schon von Natur war, jugend- lich aufgeputzt und die Zigarre zwischen den knallrot geschnittenen Lippen, erschien sie in der Öffentlichkeit. Dem Zusammenschluß der getrennten Zweige der Arbeiterbewegung war sie durch ein fanatisches Festhalten an jedem Buchstaben von Lassalles Kundgebungen sehr hinderlich. Anfang 1881 ist sie in einem Wiesbadener Hotel gestorben.

Lili Braun steht uns zeitlich bedeutend näher. Die Tochter eines Brigadekomman- deurs in Schwerin, v. Kretschmann, wurde mit 28 Jahren an einen Todeskandidaten, den ge- lähmten Doktor von Gizicky, verheiratet. „Jeder Mensch hat ein wildes Tier in sich . . . Das meine ist vielleicht das wildeste; es heißt Sinnlichkeit. Fast seit meiner Kindheit hat es mich von Leidenschaft zu Leidenschaft getrieben“, schreibt sie mit 21 Jahren. Viel- leicht hatte sie dieses Blut von ihrem Urgro- vater, König Jerom von Westfalen, Napoleons Bruder, geerbt. Wie immer — sie wurde auch an der Ehe mit Doktor Heinrich Braun, der kurze Zeit im Reichstag saß, nicht glücklich. „Ich glaube, daß ich nicht für die Ehe ge- schaffen bin“, schrieb sie 1913 an ihren Mann. Inzwischen war sie 1891 Parteimitglied ge- worden, aus ehrlicher, glühender Begeisterung heraus. Aber im Herzen blieb sie Individua- listin, große Dame, die sie schon in ihrer Klei- dung stets betonte. Sie liebte aufzufallen, zu glänzen. Die Brauns gründeten, dem Verbot der Parteileitung entgegen, eine Zeitschrift, „Neue Gesellschaft“, an der auch bürgerliche Radikale mitarbeiteten. Nach der zweiten Nummer brach die „Neue Gesellschaft“ zu- sammen. Zwei Jahre später, 1905, wurde sie aufs neue ins Leben gerufen, bis sie 1907 end- gültig einging.

Die Warnungen Bebels, Rosa Luxemburgs und Klara Zetkins waren ungehört verhallt. Die Brauns gerieten in ihrer Isolierung in Schulden, aus denen erst die sensationell auf- gemachten „Memoiren einer Sozialistin“ wieder heraushalfen. Während des Weltkrieges, für den Lili Braun durch Vorträge Stimmung machte, ist sie, 51 Jahre alt, einem Schlag- anfall erlegen.

Ein bürgerlicher Parlamentarier hatte ihr zuge- sprochen: „Das Opfer Ihres Lebens wird die Scheidung der beiden Welten niemals nieder- reißen“. Er hat recht behalten . . . Hermann Hieber.

Vorbild für das Dritte Reich Frauenarbeit abschaffen!

Der „Lavoro Fascista“, das Zentral- organ der faschistischen Gewerkschaften, hat vor kurzem den Vorschlag gemacht, die Frauenarbeit abzuschaffen, ange- sichts, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nur in Fällen, in denen wirkliche Not nach- gewiesen werden kann, soll den Mädchen und Frauen ein „Konsens“ gegeben werden, sich eine Arbeitsstätte außerhalb des Hauses zu verschaffen. Die Begründung, die diesem Vor- schlag beigegeben wird, hat eine unverkenn- bare Ähnlichkeit mit den Auffassungen unserer Helden vom Hakenkreuz. Es heißt hier, die Abschaffung der Frauenarbeit sei notwendig zur „Erhaltung der Nation und der Rasse“. Im freien Wettbewerb reibe die Frau ihre Gesundheit auf. Sie habe aber gesunde Kinder zu gebären und großzuziehen.

Bisher hat sich der Faschismus noch nicht allzuviel um die Gesundheit der Frauen gekümmert. Die Entlohnung der Frauen ist miserabel. Nach den vom „Lavoro Fascista“ angegebenen offiziellen Zahlen ver- dient eine gute Stenotypistin monatlich 75 Mark. Das Höchsteinkommen ist 135 Mark und kommt selten vor. Eine Verkäuferin bekommt sogar nur 45—55 Mark monatlich. Nur hochqualifizierte, ältere Kräfte bringen es bis zu höchstens 135 Mark. Eine Buch- halterin und ähnliche Bürokräften erhält im allgemeinen 70 Mark monatlich. In der Textilindustrie verdienen die Arbeit- rinnen täglich 1,30—2,40 Mark. In der Er- nährungs-, Bekleidungs-, Aus- stattungs- und Holzindustrie wer- den täglich 2,55 bis 3,25 Mark bezahlt. In der chemischen und mechanischen Industrie gilt ein Tageslohn von 2,15 bis 3,45 Mark für die Arbeiterinnen. Es wäre aber durchaus falsch, wollte man annehmen, daß der Real- lohn höher sei. Die Kleinhandels- preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sowie die Mieten sind keineswegs niedriger als bei uns.

Die Unternehmer widersetzen sich den Plänen auf Beseitigung der Frauenarbeit vorläufig noch, weil sie auf die billigen Arbeits- kräfte nicht verzichten wollen. „Lavoro Fascista“ macht den Vorschlag, durch neue „Minimallöhne“ eine Angleichung zu schaffen. Dies bedeutet: die Männerlöhne auf das Niveau der Frauenlöhne zu senken und dann die Frauenarbeit zu ver- bieten.

So soll das „Dritte Reich“ aussehen — in Italien und bei uns. Die Frauen der deutschen Arbeiterklasse müssen sich zur Wehr setzen, damit solche Pläne niemals Wirklichkeit werden.

Liebespaar im Winter

Sie sitzen auf den kühlen Bänken,
Obwohl es Winter ist und Nacht,
Ich kann mir denken, was sie sich so denken,
Und was er sagte, wenn sie leise lacht.

Kahl sind die Büsche, die sie hier umgeben,
Es hungern Vögel einsam im Geäst.
Ein Spatz verhauchte unter dieser Bank sein
Leben.

Sie sehen nichts. Er hält sie warm und fest.
Sie sitzen hier wie unter Sommerlinden.
Doch froh der Teich im Park schon zu.
Sie frieren nicht, weil sich die Lippen finden.
Ganz zärtlich seufzt sie manchmal „Ach!“ und
„Du!“

Fern, auf der Brücke, rattern Autobusse.
Am Rathausurm erscheint die Uhr als Mond.
„Der Park blüht!“ denken sie bei jedem Kusse,
Obwohl der Winter in den Büschen wohnt.

Und wenn sie doch zuletzt vor Frost erschauert,
Sagt sie erschrocken, traurig: „Ich — muß —
gehn!“

Dann denkt er an sein Zimmer und bedauert,
Daß er Besuch nur haben darf bis zehn . . .
K. R. Neubert.

Kleines Feuilleton

Vorweltriesen in Italien.

Beim Umgraben eines Feldes stieß ein Bauer in der Nähe von Cassino in acht Meter Tiefe auf den riesigen, einen Zentner wiegen- den Kinnbacken eines vorzeitlichen Elefanten. Beim Weitergraben wurden dann zwei ge- krümmte Stoßzähne von zweieinhalb Meter Länge freigelegt. Man darf wohl annehmen, daß man dort auch die übrigen Teile des Mammutskeletts finden wird, zumal schon rü- her an dieser Stelle ein solches Skelett gefun- den und dem Museum übergeben wurde. Bei dem Weitergraben muß man größte Vorsicht beobachten, um bei der Bruchigkeit der Kno- chen eine Beschädigung des Fundes zu ver- meiden. Die jetzt aufgefundenen Zähne und Kieferknochen stammen aus der Zeit des Mio- zän, der unteren Stufe des jüngeren Tertiärs, als die Erde von den Riesenelefanten der Vor- zeit bevölkert war.

Düsseldorf

Unsere öffentliche Sternberg-Versammlung war ein Erfolg. Genosse Sternberg sprach über „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“ Seine Ausführungen wurden von der gut besuchten Versammlung aufmerksam verfolgt und oft von Beifall unterbrochen. An der Aussprache beteiligte sich ein Vertreter der KPD, der aber den Auftrag seiner Partei sehr schlecht ausführte. Für die KPD sprach Genosse Treiber sehr eindrücklich für die proletarische Einheitsfront. Trotzdem wir den Vorstand der SPD und des Reichsbanners schriftlich aufgefordert hatten, einen Diskussionsredner zu stellen, und obwohl auch der Versammlungsleiter mehrfach um Wortmeldung dieser Vertreter ersuchte, hüllte sich die „Eiserne Front“ in Schweigen. So zeigen sie ihren „Kampfegeist“. Nicht einmal soviel Mut bringen die Vertreter der „Eisernen Front“ auf, um vor der proletarischen Öffentlichkeit ihre Ansichten zu vertreten! Es ist auch viel leichter, in einem kleinen, ausgesuchten Kreis große Töne zu reden, als in öffentlicher Versammlung der allgemeinen Kritik standzuhalten. In seinem Schlußwort hatte es Genosse Sternberg leicht, die Behauptungen des KPD-Redners richtigzustellen. Er forderte von der Versammlung, alle Kräfte anzuspannen, um in der gemeinsamen Front der Arbeiterschaft die Gefahr des Faschismus abzuwehren. Mit diesem Kampfbekennnis wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

Das Apollotheater bringt in der zweiten Februarhälfte ein ausgezeichnetes Programm. „Stürme der Leidenschaft“ ist ein eindrucksvoller Tonfilm. Endlich einmal etwas mehr als nur bloße Unterhaltung. Zwar hat das Leben der Unterwelt schon oft den Stoff für Filme gegeben, aber hier ist der Versuch unternommen, das Ringen zwischen Verbrecher und Mensch, zwischen Gefangenschaft und Familienleben zu gestalten. Als Gustav Bumke zeigt Emil Jannings eine vorzügliche Gegenüberstellung von Gutmütigkeit und Jähzorn, Brutalität und Weichheit, von Liebe und Eifersucht. Wie Jannings diesen Verbrecher und Menschen gestaltet, ist tiefes Erleben. Anna Stenn als Russen-Anna paßt sich Jannings gut an. Noch weit größere Bedeutung könnte der Film haben, wenn er versuchen würde, das Sexualproblem in der Gefangenschaft eingehender aufzurollen. In diesem Film sind diese Konflikte nur angedeutet. — Das Varieteeprogramm bringt sehr gute Darbietungen. Die Bedini-Tafani Co. hält die Zuschauer einige Minuten in größter Spannung. Miss Mona zeigt außergewöhnliche Tanzakrobatik. Vier Jazz-Ladies spielen an vier Flügeln schöne Walzermelodien und sonstige Musik. Recht viel Freude finden auch die tönenden Marionetten (Chartons Phono-Karikaturen). Paolo, ein Neffe des verstorbenen Rastelli, zeigt als Jongleur, trotz seiner erst 16 Jahre, gutes Können. Die Flyina Nelsons als fliegende Akrobaten erweisen größte Gewandtheit und Geistesgegenwart. Sehenswert ist auch das Bühnen-Vorspiel: „Dicke Luft“ von Dir. André Frank.

Residenztheater. „Luise, Königin von Preußen“. Das wirkungsvollste und in der heutigen Gesellschaftsform das gefährlichste Propagandamittel ist der Film. Dem Film „Luise, Königin von Preußen“ (ein Tendenzfilm der sich würdig dem „Flötenkonzert von Sanssouci“ anreihet) werden tausende und aber-tausende Proleten sehen. Das Gift, das hier dem Kinobesucher beigebracht wird, könnte in der Zukunft die verhängnisvollsten Wirkungen haben. Daß der Film von Geschichtsfälschungen strotzt, sei nur nebenbei erwähnt, denn das ist ja nicht das Ausschlaggebende. Vielmehr sehen wir die Gefahr in der äußeren Aufmachung des Films, in der die alte preußische Garde mit fliegenden Fahnen und unter den Klängen der reaktionären Militärmusik ihre Parademärsche kloppt.

Gladbach-Rheydt

Öffentliche Versammlung. Der vollbesetzte Saal folgte aufmerksam dem Referenten Dr. F. Sternberg, der über Eiserne Front oder proletarische Klassenfront sprach. Er geißelte das Verhalten der SPD. Die Eiserne Front könne nie den Faschismus verhindern. Zur Bekämpfung der Koalition bedürfe es des Zusammenschlusses aller revolutionärer Arbeiter. In der Diskussion sprach Genosse Pobyński (KPD). Derselbe lehnte eine überparteiliche proletarische Klassenfront ab. Als nächster Redner sprach Genosse Lennarz von der RGO, welcher mit dem Genossen Pobyński scharf ins Gebet ging und mit dem Referenten darüber einig war, daß nur ein politisches Sammelbecken die schwere Gefahr, die den deutschen Arbeiter bedrohe, verhindern könne.

Marten

„Bitte keine Gehässigkeiten.“ Nachdem am Abend des 15. Februar im Kölnischen Hof in Dortmund eine öffentliche Volksversammlung der SAP mit Genossen Seydewitz stattgefunden hatte, brachte auch am 16. Februar der „Dortmunder General-Anzeiger“ einen Bericht über diese Versammlung. Der Bericht, der wirklich eine objektive Schilderung der Seydewitz-Versammlung war, wurde von jedem Versammlungsteilnehmer unbedingt als wahrheitsgemäß bestätigt. Wenn der Berichterstatter des Generalanzeigers in seinen Ausführungen sagt, daß bei der Diskussion und im Schlußwort des Genossen Seydewitz die Radausagen der beteiligten politischen Richtungen der schlagende Beweis für die Zerrissenheit der Arbeiterklasse gewesen seien, so spricht er damit die Wahrheit aus. Aber lieber General-Anzeiger! Objektiv darfst du heute nichts mehr schildern, das lehnt die „Westfälische Volkszeitung“ in ihrem gleichzeitig erscheinenden Bericht über dieselbe Versammlung ab. In ganz erbärmlicher Weise versucht man in dem Volkszeitungsbericht die SAP zu diskreditieren, um dann

„Eisern“ auf Befehl

Am 12. Februar veranstaltete das Ortskartell des Afa-Bundes, Frankfurt a. M., eine Versammlung der Vertrauensleute, in der der Vorsitzende des Butab, Genosse Horn, über die „Eiserne Front“ referierte. Der Vorsitzende des Ortskartells begrüßte die anwesenden Delegierten — und seiner Begrüßung fügte er hinzu: Es sei heute abend nicht am Platze, über die Frage zu diskutieren, ob die „Eiserne Front“ richtig sei oder nicht — was hier geschehe, geschehe auf Befehl.

Die Rede des Genossen Horn war ein, wenn auch recht notdürftiger und fadenscheiniger Versuch einer Rechtfertigung der SPD-Tolerierungspolitik. Er sprach davon, daß von Gewerkschaftsseite alles versucht worden sei, einer Machtergreifung des Faschismus entgegenzutreten; „die politische Partei, die allein von Bedeutung für die Arbeiterklasse ist, hat ebenfalls erklärt, daß der Faschismus nicht an die Macht kommen dürfe.“ Um diese Machtergreifung zu verhindern, sei die „Eiserne Front“ gegründet worden. Ihre Aufgaben seien: Verhinderung des Faschismus, Abwehr der Diktatur (deshalb wird wohl die Brüningdiktatur toleriert?!), Eintreten für Völkerrfrieden und Freiheit, für wirtschaftliche Gesundung (dem Kapitalismus muß geholfen werden! Denn dafür ist die SPD ja sein Arzt), für Völkerrrechte; und vor allem sei es nötig, die Masse über das wahre Wesen des Nationalismus aufzuklären, auf die verrückt gewordenen Spießbürger einzuwirken. Nun hat allerdings Prof. Nöting bereits vor mehr als einem Jahr erklärt, die Larve sei dem Nationalsozialismus vom Antlitz gerissen — langsam aber dämmert es doch auch in den Köpfen der SPD- und Gewerkschaftsführer, daß diese Entlarvung noch lange nicht so wahr geworden ist, wie sie es gerne haben möchten.

In der Diskussion sprach als erster der SAP-Genosse Placzek, der sich vor allen Dingen dagegen wandte, daß alles auf Befehl gehen müsse. Der Gewerkschaftskreis mit seinen Funktionärversammlungen diene der Stärkung der sozialistischen Idee. In scharfen Worten geißelte Genosse Placzek die Tolerierungspolitik, zeigte, daß es unmöglich gewesen sei zu verhindern, daß der Faschismus immer mehr und mehr angewachsen sei und immer stärker die Arbeiterschaft betrog. Er verlangte unter Zustimmung eines großen Teiles der anwesenden Funktionäre, daß wieder revolutionäre Bahnen beschritten werden müßten; revolutionär in dem Sinne, daß jeder Schritt dem Sozialismus ein Stück näher führe. Jedem müsse es überlassen bleiben, ob er Mitglied der Eisernen Front werden wolle oder nicht; es sei nicht Aufgabe des Afa-Bundes, gemeinsam mit dem Bürgertum, mit den Unternehmerkreisen, die nur noch Lohnabbau und Lohnabbau kennen, den Faschismus

den ganzen Versammlungsverlauf der Seydewitz-Versammlung bewußt zu verdrehen. Wie mancher gläubige SPD-Anhänger, der gleichzeitig in der fraglichen Versammlung anwesend war, wird am andern Tage, als er sein Partei-Blatt las, über diesen ungehörigen Bericht den Kopf geschüttelt haben, zumal, wenn er dann noch den General-Anzeiger-Bericht kennen gelernt hat. In der Seydewitz-Versammlung beschwerte sich der Stadtverordnete Wissenbach (SPD) über die gehässige Schreibweise der SAZ-Berichterstatter, besonders über die in Marten. Ja, man hat auch nun schon des öfteren gründlich in der SAZ die Wahrheit gesagt. Allerdings behaupten wir, daß unsere Artikel in keiner Weise gehässig sind, aber es soll euch zu wiederholtem Male gesagt werden: Solche Leute, welche öffentlich Vorkämpfer der Revolution, wirkliche Sozialisten, als „Stinksäcke“ bezeichnen, müssen in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt werden.

Bochum

In einer Versammlung der Eisernen Front sprach der frühere USP-Mann Brüntink, Gelsenkirchen, am schwarzrotgold drapierten Rednerpult. Aus seiner Rede ist folgendes bemerkenswert: „Viel zu lange haben wir mit der E. F. gewartet. Es wird höchste Zeit, daß wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Bei Schluß des Krieges stand der triumphierende Feind an der Grenze, um aus Deutschland eine englisch-amerikanisch-französische Kolonie zu machen. Die Unterschreibung des Waffenstillstandes mußte blutenden Herzen geschehen. Es ging aufwärts, wir schufen die Arbeitslosen-Versicherung und soziale Gesetzgebung. Die augenblickliche Notzeit erfüllt uns mit Zukunfts-Hoffnung und Siegesfreudigkeit. Halten Sie die Industriekapitäne nicht für so dumme, daß sie Hitler die Macht des Staates in die Hand geben. Ich habe die Kommunisten bedauert, als sie zusammen mit den Schwarzweißbroten die preußische Regierung mit unserem allverehrten Ministerpräsidenten Braun stürzen wollten. Als Kommunalpolitiker kann ich Ihnen sagen, daß wir zum letzten Monatschluß 2 Millionen Mark aufnehmen mußten, die 14 Prozent Zinsen kosten, um die Unterstützungen zahlen zu können. Kommen wir mit dem Ausland nicht scheidlich-friedlich zu Verträgen, dann gibt es für Deutschland nichts anderes als Inflation. Frankreich hat den Schlüssel zum Welt-Geldschrank und besitzt augenblicklich 78 Milliarden Goldfranken. Ich will den Instanzen nicht vorgreifen, aber mag die Parole heißen wie sie will, und sei es auch Papa Hindenburg, wir werden dementsprechend handeln. Das eine wissen wir, wenn der Reichspräsident seinen Schwur leistet: Ich schwöre bei Gott — an den er glaubt — die Verfassung zu schützen (dabei stellte sich Brüntink in Pose und hebt die Finger hoch, eine herrliche Figur!), dann hält er diesen Schwur!“

zu bekämpfen. Dieser Kampf könne nur geführt werden von einer einheitlichen, geschlossenen Front des Proletariats.

Ein zweiter und ein dritter Redner wandten sich ebenfalls gegen Notverordnungs- und „Eiserne Front“, wobei der letzte Redner vor allem den Mangel eines Aktionsprogrammes betonte.

Im Schlußwort erklärte der Redner, die „Eiserne Front“ denke nicht daran, mit dem Bürgertum zu paktieren; und als ein Zwischenrufer ihn auf eine Äußerung des Chefredakteurs des „Vorwärts“, Stämpfer, hinwies und ihn aufforderte, diese Stelle aus der Volksstimme vorzulesen, erklärte Kollege Horn, der Zwischenrufer könne scheinbar noch nicht einmal richtig die Zeitung lesen; es sei nicht von der „Eisernen Front“ die Rede, sondern von der „Republikanischen Aktion“. Nach Schluß der Versammlung allerdings äußerte Kollege Horn, als ihn der Zwischenrufer anhielt: „Sie müssen entschuldigen, aber ich habe mich verlesen; es war tatsächlich unser Genosse Stämpfer, der das Bürgertum zum Eintritt in die „Eiserne Front“ aufforderte.“ Um jede Möglichkeit einer erneuten Tatsachenvordrehung zu beseitigen, sei hier der betreffende Satz aus der Volksstimme vom 15. 2. 32. zitiert: „Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stämpfer, forderte gleichfalls das Bürgertum auf, sich in die „Eiserne Front“ einzureihen und gemeinsam mit der Sozialdemokratie bei der Reichspräsidentenwahl die Feinde der Republik aus dem Felde zu schlagen.“ Weiterhin ist dieser Satz ein Beweis dafür, daß die „Eiserne Front“ nur eine Propagandatruppe für Hindenburg ist.

Die Methode des Genossen Horn, die Wahrheit zu verdrehen, spricht Bände; sie zeigt wie schwach sich die „Gußeisernen“ fühlen müssen, wenn sie zu derartigen Methoden greifen.

Eine von den Gegnern der „Eisernen Front“ eingebrachte Resolution, eine Einheitsfront aller proletarischen Verbände, Vereine und Parteien zum Kampfe gegen Faschismus und Kapitalismus, für die Erringung des Sozialismus zu schaffen, wurde nicht zur Abstimmung gebracht, mit der Begründung: die Einheitsfront der proletarischen Verbände sei in der „Eisernen Front“ geschaffen und für Auseinandersetzungen zwischen SPD, SAP und KPD sei der Afa-Bund nicht da.

Etwas haben die klassenbewußten Angestellten aus dieser Diskussion gelernt: daß die Gewerkschaften, daß die SPD, daß die „Gußeisernen“ lieber zehnmal mit „Hindenburg und Groener für Gott und Vaterland“ gehen, als daß sie einmal ihr Klassenbewußtsein wiederfinden und sich in die Front einreihen, zu der sie gehören: die Proletarische Einheitsfront.

Ahlen

Aus Schilda. Es gibt in Deutschland 2,5 Millionen Gesetze, von denen vielfach das eine das andere wieder aufhebt. Dieses Maschinenwerk von Gesetzen, das die herrschende Klasse zur Sicherung ihrer „Belange“ geschaffen hat, bedeutet für die Proletarier, daß sie immer mit einem Fuß im Zuchthaus oder im Gefängnis stehen. „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht!“, besagt ein weiser Spruch der Gesetzesbehüter. So erging es einem hiesigen Einwohner Po., der bei dem Landwirt Schömaker im Wald gewesen war und dort mit dessen Erlaubnis Fallholz zum Brennen gesammelt hatte. Hierbei wurde er von einem Landjägerbeamten überrascht, der ihn zur Anzeige brachte. Er bekam eine Strafverfügung über 10 Mark, wogegen er Antrag auf richterliche Entscheidung stellte. Po. hatte seinerzeit nicht nur mündlich, sondern schriftlich die Erlaubnis zum Holzsammeln von dem Besitzer des Waldes erhalten und brachte sie mit vor Gericht. Das Gericht aber konstatierte, daß diese Erlaubnis nicht polizeilich beglaubigt sei, was nach einer Verfügung aus dem Jahre 1868 (!) notwendig gewesen wäre, und empfahl Po., den Antrag auf richterliche Entscheidung zurückzuziehen, damit ihm nicht noch höhere Kosten entstehen. O glorreiche Republik! Wie wird es da erst unter dem Gendarmen von Hildburghausen werden?!

Frankfurt a. M.

„Eiserne Front“ — Stahl oder Gußeisen? Der Bezirksausschuß der „Eisernen Front Hessen-Nassau“ gibt ein Flugblatt an die Ortsausschüsse der Gewerkschaften, die Ortsgruppen des Reichsbanners, die Ortsvereine der SPD und die Arbeiter-Sportorganisationen heraus. Zunächst wird ein Bezirksausschuß „Eiserne Front“ mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gegründet. Seine Adresse lautet: Paul Röhle, M. d. L., Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17. Ein Ausschuß wird gegründet, der allem Anschein nach aus einem Mann besteht — ob es nicht ein eigenartiger Zufall ist, daß ausgerechnet der in den Mitgliederkreisen der SPD so ausnehmend beliebte Paul Röhle dieser Ausschuß ist?! Und weiter heißt es in diesem Flugblatt: „In diesen Kundgebungen (gemeint sind die Veranstaltungen der „Eisernen Front“) sollen keine Gegner das Wort erhalten. Nur was die „Eiserne Front“ sagt, darf von nun an noch Geltung haben.“

Jahresrechnung der Stadt für 1930: 15 Millionen Schulden. Der offiziell angegebene Fehlbetrag beläuft sich auf 9,3 Millionen Mark. Jedoch wurden vom Magistrat Maßnahmen zur Herabminderung des Fehlbetrags unternommen, die den Fehlbetrag geringer erscheinen lassen, als er wirklich ist. So wurde aus dem Baugeld-Hypotheken-Fond ein Betrag von 3,1 Millionen Mark entnommen. Der Fehlbetrag beläuft sich daher auf etwa 15 Millio-

nen Mark. Vorschläge zur Abdeckung auf etatmäßigem Wege sind nicht gemacht worden.

Sozialpolitischer Ausschuß zu den Fürsorgesätzen. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Sozialpolitische Ausschuß mit der durch Preußen angeordneten Senkung der Fürsorgesätze. Der Sozialpolitische Ausschuß faßte eine Entschließung, den Magistrat zu ersuchen, an den bisherigen Sätzen festzuhalten. Den Unterstützungsberechtigten sei es unmöglich, mit noch geringerer Unterstützung existieren zu können.

Jugend in Sowjet-Rußland.

Am Donnerstag sprach im Auftrag der „Vereinigung zum Studium der sowjetrussischen Probleme Dr. Klaus Mehnert, Berlin, in der Aula der Universität über das Thema: „Die Jugend in Sowjetrußland“. Der Bolschewismus bemühe sich im besonderen Maße um die Jugend. Gerade die Gesinnung der Jugend sei bei entscheidenden Aufgaben ein Faktor von großer Wichtigkeit. Man sei bestrebt, auch führende Positionen mit Menschen aus der jungen Generation zu besetzen. Die Jugend sei die Trägerin der neuen Ideen. Die Kommandohöhen des neuen Staates würden von der Elite der neuen Jugend besetzt. Es sei das Bestreben der Bolschewisten, überall das proletarische Element in den Vordergrund zu schieben. So rekrutiere sich die Studentenschaft vorwiegend aus jungen Industriearbeitern und Bauern. 75 % der akademischen Jugend entstammten diesen Schichten. Die russische Jugend habe einen großen Wissensdrang und ein starkes Verantwortungsgefühl gegenüber dem russischen Staat. Die russische Jugend habe sich eine eigene Form des Zusammenlebens geschaffen: die Jugendkommune. Von den Studenten lebten nur ein geringer Teil in solchen Kommunen. In der Hauptsache würden diese Kommunen von Bauern und Arbeitern gebildet. Der kommunistische Jugendverband zähle 6 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren. Speziell in den Jahren des Bürgerkriegs habe der Jugendverband eine große Bedeutung erlangt. Auch bei der Durchführung des Fünfjahresplanes sei der Heroismus der Jugend eine starke Auftriebskraft. Die Jugend ringe mit dem Problem einer neuen Moral, speziell die Frage der geschlechtlichen Beziehungen nehme in ihren Auseinandersetzungen einen breiten Raum ein.

Bestimmten philosophischen Fragen gehe man aus dem Wege, beispielsweise der Einstellung zum Tode. Man interessiere sich für das Leben. In Rußland gäbe es keine 6de Gleichmacher. Man erkenne durchaus individuelle Bedürfnisse an. Nur die Gleichheit der Gesinnung, nicht der Bedürfnisse fordere man.

Mainz

Haß macht Blind. „SAP möchte protesteln“. So überschreibt die Mainzer „Volkszeitung“ einen Bericht über die öffentliche Protestkundgebung, die die SAP einberufen hatte, um gegen die Sabotage des Preisabbaus durch die Stadt Mainz Stellung zu nehmen. Der Bericht strotzt von Lügen und Schmähungen und verrät damit das schlechte Gewissen der SPD. So berichtet das Blatt zunächst, daß die Versammlung von 120 Personen besucht war. Dabei haben über 300 Personen Eintrittsgeld entrichtet. Dann meldet Schmock, die Versammlung sei infolge kommunistischer Störungen polizeilich aufgelöst worden. Ueber dreihundert Menschen haben davon nichts gemerkt. Eine Berichtigung dieser faustdicken Lügen glaubt das Blatt seinen Lesern unterschiagen zu können. Es spekuliert darauf, daß der Amtsanwalt ihm zur Hilfe kommt und die Verletzung des § 11 des Pressegesetzes wiederum, wie in einem anderen Falle, nicht sühnen wird, denn durch die von der SPD tolerierten Notverordnungen brauchen Vergehen nur verfolgt zu werden, wenn es das öffentliche Interesse erfordert, und dieses öffentliche Interesse liegt nur dann vor, wenn es sich um den Schutz regierungstreuer Parteien handelt. Revolutionäre Parteien oder ihre Anhänger sind in der demokratisch genannten Republik freiwild.

Organisationsnachrichten

Mundenheim: Donnerstag, 25. 2., 20 Uhr, Habereckl.
 Rheingönheim: Freitag, 26. 2., 20 Uhr, Saal der freien Turner.
 Offenheim: Samstag, 27. 2., 20 Uhr, Wittelsbacher Hof.
 Mandach: Sonntag, 28. 2., 15 Uhr, Bayerischer Hof.
 Rechenheim: Sonntag, 28. 2., 20 Uhr, V. Saal.
 Referent für diese Versammlungen: Landtagsabgeordneter Ohlhof, Mainz. Thema: Proletarische oder Eiserne Front.

W E R B T für die „SAZ“

Sportschau der SAZ

Der Sportsonntag in Südwestsachsen Fußball

Netzschkau-Dorstadt-Falkenstein (15.00). Mit wenig Ausnahmen ist Netzschkau bis jetzt immer Sieger geblieben und wird der Gastgeber wohl auch diesmal werden. — **Wiesbaden-Oberhain (15.00).** Die Mannschaften haben nicht allzuviel junge Kräfte, die technisch gut versorgt und äußerst lebendig sind. — **Reinsdorf-Zwickau-Süd (10.30).** Es gibt im Bezirk wenig Mannschaften, die in der Besetzung und Spielweise so ausgefallen sind, wie diese. Der Sieg wird niemand leicht gemacht werden. — **Neukirchen-Marienthal (10.00).** Marienthal hat keine beständige Leistung. Die beiderseitigen Vorbereitungen deuten auf einen äußerst scharfen Kampf hin. — **Crimmitschau-Pohlau (10.30).** Guten technisch höher stehende Gegner treten auch bei Pohlau bessere Talente in Erscheinung. Für Crimmitschau werden natürlich bestimmte Erwartungen gestellt. — **Mylau-Rotschau (10.00).** Der schlechte Start Mylaus zur letzten Serie hat ihm die Zurückstufung in die 2. Klasse gebracht. Rotschau ist in letzter Zeit besser geworden. — **Lenzfeld I-Auerbach II (11.30).** Der Platzbesitzer hat nochmals Gelegenheit, einen Beweis seiner Entwicklung und Hebung der Spielstärke zu erbringen. — **Steinpleis I-Crimmitschau II (10.15).** Im Steinpleiser Turnierheim, das auf eigenem Gelände, so hoch gebettet im Tale liegt, lagen am Sonntag die Bezirksfunktionäre. — **Malsen-Nilsch-Neuschönburg (19.30).** — **Malsen-Nilsch-Friedrichsgrün (14.30).** — **Schleifhölzl I-Netzschkau II (15.00).** — **Zwickau-Nord II-Wiesenburg I (10.30).** — **Lichtenhain I-Planitz II (10.00).**

Spiele der unteren Mannschaften:

Sonntag: **Vielau II-Oberhaindorf II (12.30); Ebersbrunn II-Cainsdorf II (14.00); Malsen-Jacob II-Friedrichsgrün II (13.00); Crimmitschau IV-Pohlau III (19.00); Ebersbrunn III-Wilken III (10.30); Reinsdorf II-Zwickau-Süd II (19.00); Neukirchen II-Marienthal II (11.30); Crimmitschau III-Pohlau II (12.00); Vielau III-Oberhaindorf III (10.45); Jugend: Zwickau-Wilkau (10.00); Vielau-Oberhaindorf (9.45); Werdau-Netzschkau (10.00); Lichtenhain-Planitz (9.00); Reinsdorf-Friedrichsgrün (12.30); Knaube-Vielau-Wilkau (15.00); Steinpleis-Crimmitschau (10.00); Netzschkau-Dorstadt (12.50); Neukirchen-Marienthal (13.00); Zwickau-Nord-Planitz (9.45); Reinsdorf-Friedrichsgrün (13.30).**

Handball

Niederhainblau I-Cainsdorf I (11.30 Uhr). Gegen die Haflauer, die sich wieder in Fahrt befinden, hat Cainsdorf keine Aussicht auf einen Sieg. Sie werden aber große Mühe aufwenden, um ein gutes Resultat zu erzielen und der Spielverlauf wird daher spannend sein. — **Stöcken I-Leubnitz I (15 Uhr).** Dieses Spiel wird sich eines zahlreichen Besuches erfreuen, denn für das Zusammentreffen der beiden Rivalen wird großes Interesse entgegengebracht. Stöcken hat gute Aussichten das vorhergehende Unentschieden gegen einen Sieg einzutauschen. — **Werdau I-Reinsdorf I (14 Uhr).** Beim Vorspiel in Reinsdorf bezog Werdau eine überraschende

Niederlage. Um diese recht überzeugend zu korrigieren, wird Werdau nicht mit sich spaßen lassen. Reinsdorf hat demnach sehr schweren Stand. — **Lichtenhain I gegen Neukirchen I (14.30 Uhr).** Lichtenhain zeigte sich in diesem Jahre bis jetzt wenig an der Öffentlichkeit. Ueber die Spielstärke der Mannschaft läßt sich nichts weiter sagen. Wir glauben aber, daß Neukirchen standhalten wird. Der Sieger steht demnach offen. — **Turner Crimmitschau 2-Schedewitz I (10 Uhr).** Ob Schedewitz gegen die Turner bestehen kann, ist noch fraglich, denn der Gastgeber erntete am vergangenen Sonntag einen überraschenden Sieg. Nach einem abwechslungsreichen Spielverlauf trauen wir Crimmitschau einen Sieg zu. — **Friedrichsgrün I-Zwickau 3 (11 Uhr).** **Jugend: Zwickau-Neukirchen (10 Uhr).** **Stöcken-Werdau (14 Uhr).**

Wilkau I und 2 fuhren nach Leipzig um gegen Mockau Freundschaftsspiele auszutragen.

Sport in Delitzsch

Sportklubs I. Mannschaft hat heute Petersroda I im Freundschaftsspiel auf eigenem Platz zu Gäste. Die Gäste sind Bezirksmeister im 8. Bezirk und stellen eine auf allen Posten gut besetzte Mannschaft. Ein Sieger läßt sich schwerlich im voraus sagen, da die beiden letzten Treffen zwischen den beiden Mannschaften unentschieden ausfielen. Das Spiel beginnt um 10.30 Uhr auf dem Sportplatz an der Luisenschule.

Die 2. Elf spielt in Krostitz gegen Krostitz I, die 3. Elf in Leipzig gegen Jüdat 2. die Jugend gegen Jüdat Jugend. Die Altersmannschaft spielt ebenfalls in Leipzig gegen Fußballklub-Platzwitz. Altersmannschaft und hat die 11:13-Niederlage wieder gutzumachen.

ASV. Schöneberg-Friedenau 07 Schwimmabteilung. Die Monatsversammlung der Schwimmer findet am Dienstag den 1. März 1932 im „Corpsklub“ Friedrichsgrün 8, Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Str. 9, nämlich um 21 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Beitragsenkung!

Wenig Fußballspiele im 1. Kreis

Die neue Serie beginnt erst im März. Bis dahin ist der Fußballbetrieb sehr stark eingeschränkt. Wir verzeichnen folgende Spiele:

Bürgerspiele

1. Mannschaften. Normania-Nowawes (Martin, Eiche); Saxonia-Britz 88 (Mayn, Oberspree); Kugel I-Lichtenberg II 1 (Werlsee); Hoppegarten I-Südost 1 (Schmidtchen).

2. Mannschaften. Normania-Nowawes (Rätz, Lichtenberg); Saxonia-Britz 88 (Pankow); Bohnd. I-Südost 2 (Wischnewski N.); 11.00; Normania 3-Z. d. A. I (Wacker 30) 12.00; Werlsee 2-Lichtenberg II 2 (in Kugel, Merten, Kugel) 13.00.

Pflichtspiele

1. Mannschaften. Dolgerbrodt I-D. Wsth. (Krüger, Friedf.); BSV. 31-ASV. Neukölln (Nagel, Normania); Frohe Stunde-Eiche-Königek (Bäcker); Storkow I-Werlsee 1 (Wilde, Südost).

2. Mannschaften. BSV. 31-ASV. Neukölln (Pumplum- SO); Frohe Stunde-Eiche 3 (ASV. Neukölln); Storkow II-Alt-Stahnsdorf 1 (Wilde, SO).

3. Bezirk. Aufstiegs Spiele.

Elstal-Charlbg. (Pl. Staaken, Staaken). Havelgruppe. Kirchmiser-Grebs (Peter, Brandenburg). Spielfrei: Elstal, Nowawes. Jugend. Normania-Lichtbg. I (Lichtbg. II) 10.00; Wilmsd.-Adler 08 (Friedenau) 12.00; Staaken-Bröb. (Eintr.-Spandau) 11.00; Eintr.-Rn. I-Teltow (Saxonia) 11.00; Vw.-Wdgg.-ASV. Neuk. (Eintr.-Rn.) 10.00; Nowawes I-Drewitz (Caputh) 10.00; Luckenwalde I-Minerva 1; Luckenwalde 2-Minerva 2; Luckenwalde 3-Minerva 3.

Schüler. Hansa 31-Fr. Scholle (Butab); Zossen-Adler 08 (auslosen) 11.00; Minerva gegen Caputh (Vsp. Neukölln) 10.00; Potsdam-Drewitz (auslosen) 10.00; Pankow gegen Spandau 25 (Adler 08) 10.00. Anfang: 1. Männer 14.30, 2. Männer 12.45, Jugend 10.00 Uhr.

Schwimmfest der Freien Schwimmer Groß-Berlin

Gruppe Friedrichshain: Heute, Sonntag, 21. Februar, nachm. 3 Uhr, im Stadtbad Schillingbrücke. Alle Groß-Berliner Vereine am Start.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin. Alle Genossen besuchen die öffentliche Jugendversammlung am Dienstag, 23. d. Mts., um 19.30 Uhr bei Kiem, Hasenheide 14 15.

Ortsgruppe Mitte: Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Februar 1932, um 20 Uhr im Rosenthaler Garten, Rosenthaler Straße 14 — Bericht über die vorliegenden Programmtätigkeiten. Ref. Gen. Zwickau: Mitgliedlicher mitbringen.

Ortsgruppe Tiergarten. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Februar 1932, um 20 Uhr im Parkrestaurant, Turnstraße 18.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg. Funktionstragung am Mittwoch, 24. Februar 1932, um 20 Uhr bei Richter, Schliemannstraße 39.

Ortsgruppe Friedrichshain. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Februar 1932, um 19.30 Uhr, im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313.

Ortsgruppe Kreuzberg. Die Mitglieder beteiligen sich rechtzeitig an der Jugendversammlung bei Kiem am Dienstag, 23. Februar 1932, um 19.30 Uhr.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Februar 1932, um 19.30 Uhr bei Luck, Schillingstraße 6.

Ortsgruppe Neukölln. Mitgliederversammlung am Montag, 22. Februar 1932, um 19.30 Uhr, im Gabelhaus, Ecker-Friedrich-Ecke Treptower Straße. Weitere Tagesordnung.

Ortsgruppe Treptow. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Februar 1932, um 20 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Obersee neueide, Schillerromede, wichtige Tagesordnung. Vorstandsmitglieder erscheinen um 19 Uhr.

Ortsgruppe Lichtenberg. Funktionstragung am Montag, 22. Februar 1932, um 20 Uhr, an bekannter Stelle. Dienstag, 23. Februar 1932, Zeitungspräsentation um 19 Uhr im bekannten Lokal.

Freie Sportleute Neukölln. Lebensstunde jeden Dienstag um 20.12 Uhr bei W. Schenk, Neuk. im Rosenthaler Garten 24. Interessenten E. Trammann, Eichen und Schillingweg werden sich um 18.30 Uhr im Rosenthaler Garten, Karl Schenk, Karl-Liebknecht-Str. 18. Technische Leitung Richard W. Schuller, Mannsstraße 16.

Brandenburg a. H. Dienstag, 23. 2. Mitgliederversammlung bei Bidig, Neust. Heidestr. — Donnerstag, 25. 2. Referentenkursus bei Müller, Markkestr. 3.

SJV

Roter Karneval. Die Karten, die verkauft worden sind, müssen am Montag, 20. Februar, um 19.30 Uhr im Jugendsekretariat bezahlt werden. Bis Mittwoch muß alles abgerechnet sein.

Unterbezirk Tempelhof. Heute, Heim. Mar. entfällt, am Bahnhof, 15 Uhr, Roter Sturm, 17 Uhr Sturmkapelle, 19 Uhr Heimabend.

Schönhauser Viertel, „Paul Levi“: SAZ-Werbung. Alle Aktivgruppen müssen sich beteiligen. Treffpunkt 10 Uhr „Rote Ecke“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Roland Beutner. Für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM — 36 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu richten an: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928.

Staatstheater

Oper u. d. Linden
Sonntag, 21. Februar
19.30 — 21.45 Uhr.

Die Hochzeit des Figaro
Montag, 22. Februar
20 — 22.15 Uhr.

Der Troubadour
Montag, 22. Februar
20 — 22.15 Uhr.

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonntag, 21. Februar
20 — 22.45 Uhr.

Charleys Tante
Montag, 22. Februar
20 — 22.45 Uhr.

Cyrano v. Bergerac
Montag, 22. Februar
20 — 22.45 Uhr.

Schillertheater
Charlottenburg, Baumstraße
Sonntag, 21. Februar
20 — 23 Uhr.

Die göttliche Jette
Montag, 22. Februar
20 — nach 21 Uhr.

Ein Lasserer Herr
Montag, 22. Februar
20 — nach 21 Uhr.

Die Zauberin, der Riese und der Affe
Montag, 22. Februar
20 — nach 21 Uhr.

Lesen den Klassenkampf
Montag, 22. Februar
20 — nach 21 Uhr.

Volksbühne

Die Norden 2041
Sonntag, 21. Februar
11.1/2 Uhr.

Tänzergruppe Marg. Wallmann
3 und 8 Uhr

Fuhrmann Henschel
mit Janinings Metzler
Montag, 22. Februar
8 Uhr.

Rose-Theater
große Frankfurter str. 132
Montag, 22. Februar
8 Uhr.

Der Bettelstudent
Sonntag, 21. Februar
9 Uhr.

Götter unter sich
Montag, 22. Februar
8.15 Uhr.

Der Bettelstudent
Montag, 22. Februar
8.15 Uhr.

CIRGUS BUSCH
181, Weidenbaum 3940
tägl. 4.30 u. 8.15 Uhr
Sonnt. 2.15, 5 u. 8.15 Uhr

Theater des Weddings

Groß-Tonfilm
Müller-Ecke Seilerstraße

„Ronny“
mit Willi Fritsch und Käthe von Nagy
und das reichhaltige tönende Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142

2. Tonfilme:
Hermann Talmig, Charlotte Ander

Zwei himmelblaue Augen
dazu:

Das Ende der Fürsten von Maradu
Ein erotisches Abenteuer in den Urwäldern Europas in deutscher Sprache

Anfangszeiten: Wochentags 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127

Tonfilm-Tageskino
Heute:

DER SCHLEMIHL
und
keine Feier ohne Meier
mit Siegfried Arno

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56

Charlotte Susa in
Ehe m. b. H.

Auf der Bühne
Dajos Bela
mit seinem berühmten Orchester

Emelka-Ton-Wochenschau

Filmpalast Puhlmann
Schönhauser Allee 143

Berge in Flammen
mit Luis Trenker
und
Der Schlemihl
Fox tönende Wochenschau



Reunion Cigarette
Fürst Puckler
La Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

DAS EINKAUFSHAUS DER SOZIALISTISCHEN JUGEND

empfiehlt allen Genossen:

Fahrtbekleidung: Aermelwesten, Manchesteranzüge, Lodenmäntel, Windjacken, Stutzen, Sportsocken

Wandertusrüstung: Rucksäcke, Protbeutel, Tomister, Gürtel, Zelte, Schlafsäcke, Decken

Reformschuhe: Sandalen, Sportstiefel, Turnschuhe

Kunstgewerbe: Holzleuchter, Broschen, gehämmerte Knöpfe, Spielsachen

Antikriegsabzeichen

Sozialistische Literatur, Laienspiele, gezeichnete Kollwitzbilder, Kunstkarten, Kunstkalender und vieles andere

Uebt Solidarität! Kauft bei uns!

DIE FACKELSTUBEN

Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgemeinschaften E. V.
BERLIN C 2, KLOSTERSTR. 62
Geöffnet von 9-19 Uhr. Besucht uns unverbindlich!



Hans Vaterland
Kaufhaus
Festungsbau
Restaurierung
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Mila-Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130

Wochentags 5.15 Sonntags 5.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn

2 GROSS-TONFILME
Feix Bressari in
Der Herr Bürovorsteher
Gerda Maurus in
Seitensprünge

Werbt
Abonnenten!

Hamburg

Volksheim-Lichtspiele
Sachsenstraße 21

Das Kino des Arbeiter

Programm
für den
20. und 21. Februar 1932:

1. PAMIR
Ein deutsch-russischer Expeditionsfilm zum höchsten Gipfel der Sowjetunion, dem Pik Lenin

2. Das Dokument von Shanghai
Ein Prometheusfilm aus dem fernem Osten, der Stadt, um die ein neuer Weltbrand zu entstehen droht.

Unsere Eintrittspreise
Sonnabends zahlen Verdiener
0.50 M. Sonntags 0.70 M.
Jugendliche und Erwerbslose zahlen nur **0.30 M.**

Die Vorstellungen an beiden Sonntagen um 19.00, Sonntag um 19.15 Uhr.

Arbeiter, besetzt euer Kino!

Eine wertvolle Arbeiterbibliothek

für nur M. 10.—

Um den revolutionären Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz den trostlosen ökonomischen Verhältnissen eine Bibliothek, darstellend wichtige revolutionäre Genesemitteln, einzurichten, hat der Verlag der AKTION sich entschlossen, zwei Serien von Verlagspublikationen — eine politische und eine literarische —, die im Buchhandel zusammen 50 Mark kosten, für nur RM. 10.— abzugeben.

Die Reihe der politischen Bücher enthält:

Karl Liebknecht: Das Zucht-hausurteil (wärtliche Wiedergabe der Prozessakten, Urteile sowie der Eingaben Karl Liebknechts. längst vergriffenes, unvergängliches Werk); Karl Liebknecht: Politische Aufzeichnung aus seinem Nachlaß (von der KPD toteschwiegen); Leo Trotzki: Wer leitet heute die Kommunistische Internationale? Leo Trotzki: Die permanente Revolution (sein Werk, das jeder Marxist studieren sollte); Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition; Leo Trotzki: Die Lehren des Oktobers; Leo Trotzki: Die Fälschung der Geschichte der Oktoberrevolution; Leo Trotzki: Ueber den Fünfjahresplan (Erfolge des Sozialismus und Gefahren des Kapitalismus); Lenin: Die nächsten Aufgaben einer Arbeiterpartei; Bertram: Kundgebungen; Lunatscharski: Die Kultur-

Die Reihe der literarischen Werke enthält:

Otto Rühle: Das kommunistische Schulprogramm; Carl Sternheim: Libussa, das Leibbrot Wilhelm III.; Carl Sternheim: Prosastücke; Oskar Kanehl: Die Schande; Revolutionslyrik (in Kriege beschlagnahm gegeben); Victor Hugo: Ueber Voltaire; Friedrich Benn: Etappe; Gottfried Dohm: Mißbrauch des Wortes; Michael Schaefer: Gefangenenschaft; Soldat; Heinrich Stadelmann: Im Lande Neim; Der Krieger; Kupletist Doktor Alfred Kerr am Pranger; Der Hahn, französische Lyrik in deutscher Nachdichtung von Daubler; Max kriegslyrik; Wilhelm Klemm-Herrmann: Emile Zola, der Dichter; Aufzorderung, Lyrik.

Es steht den Bestellern frei, nur eine Reihe zu beziehen zum Preise von RM. 5.—. Aber eine Auswahl aus der Auswahl zu treffen ist nicht von Einfluß auf den Gesamtpreis, denn die regulären Preise der Werke sind nicht aufgehoben! Wer z. B. nur Liebknechts Werk „Zucht-hausurteil“ bestellt, hat für dieses Werk RM. 3.— zu zahlen; wer Liebknecht und Trotzki's Werk „Permanente Revolution“ bestellt, muß schon für diese zwei Bücher mehr als fünf Mark ausgeben. Rabatt kann auf die Reihenpreise natürlich nicht gewährt werden.

Unser Verzugsangebot mit bis zum 15. März 1932.

Bestellungen sind zu richten an die Buchverandabteilung der
AKTION, Berlin-Wilmersdorf, Massauische Str. 17

Versand gegen Voreinsendung oder unter Nach-nahme des Betrages zuzüglich Nachnahmespesen.

Sachsen

Bettfedern
Einige Preislagen gibt noch sehr billig ab von
RM. 1.— bis RM 5.— pr. Fd.
Wilhelm Zahn.
Herrnhut, Dürninger Str. 25.

R. G. Rackel
Käsefabrik, Alt-Löbau
Spezialität: Stangen-, Spitz-u. Harzer Käse

Stärkt den Pressefonds

SAP Der tägliche Vormarsch

In der Hochburg der KPD, in Gotha, fand am Freitag die erste öffentliche Versammlung der SAP statt. Versuche der Kommunisten, die überfüllte Versammlung, in der Genosse Rosenfeld sprach, zu stören, mißlingen. Erfolg: 28 Genossen meldeten sich sofort zum Eintritt in die neue Ortsgruppe. 27 Genossen abonnierten unsere Tageszeitung.

In Hamburg-Barmbeck brachte eine überfüllte Versammlung mit dem Genossen Weckerle der Partei einen vollen Erfolg. Eine Reihe von Neuaufnahmen sind zu verzeichnen.

KJO für Bevormundung der Jugend

Überall, wo die proletarische Jugend beginnt, revolutionäre Schritte zu tun, wird sie von den reformistisch beherrschten Altersorganisationen geknebelt und bevormundet. Jede Jugendsektion der freien Gewerkschaften wird schon bei den ersten revolutionären Schritten mit Auflösung bedroht. Der Kampf gegen diese Bevormundung der Jugendorganisationen durch die entsprechenden Altersorganisationen kann aber nur mit Hilfe der revolutionären erwachsenen Arbeiterschaft erfolgreich geführt werden.

In der Erkenntnis dieser Tatsache brachte der Gen. Maxim-Breslau auf der 3. Reichskonferenz der KJO folgende Entschließung ein:

„Je mehr die proletarische Jugend das Bestreben zeigt, sich zu Kampfpartellen zusammenzuschließen, stößt sie auf die Schranken, die ihr durch die Bevormundung seitens der entsprechenden Altersorganisation gesetzt werden. Darum appelliert die 3. Reichskonferenz der KJO an alle revolutionären Arbeiter in den Massenorganisationen für die Selbständigkeit der ihnen angeschlossenen Jugendgruppen einzutreten. Wir erwarten, daß die Genossen der KJO sich ganz besonders dafür einsetzen.“

Leipzig, den 10. Oktober 1931.
Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen, — aber nirgends veröffentlicht. Sie kam also der Arbeiterschaft, an die sie gerichtet war, gar nicht zu Gesicht und erfüllte damit nicht den beabsichtigten Zweck der Alarmierung der revolutionären Arbeiterschaft.

Denn die Reichsleitung der Kommunistischen Jugendopposition sabotierte den Beschluß der höchsten Körperschaft der KJO.

Man kann nicht sagen, daß ein Versehen vorliegt, denn die Ortsgruppe Breslau der KJO — vor ihrer Spaltung unter der Führung der jetzt ausgeschlossenen Genossen — forderte fast jede Woche von der Reichsleitung die Veröffentlichung und führte, um den Druck zu verstärken, einen Beschluß der Funktionäre der Breslauer KJO herbei, der die Veröffentlichung in der Tagespresse verlangte. Auch dieser Beschluß wurde sabotiert.

Wir veröffentlichten den Beschluß, um die Arbeiter aufzufordern, in seinem Sinne zu wirken.

Hessenlandtag bleibt

Darmstadt, 20. Februar 1932
In der Freitagsitzung des Hessischen Landtages wurden deutschnationale und kommunistische Anträge auf Auflösung des Landtages beraten. Die Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, das Zentrum und der Christlichsoziale Volksdienst ließen Erklärungen abgeben, wonach sie zur Zeit nicht für eine Auflösung des Landtages zu haben sind. In der Abstimmung wurden die Auflösungsanträge dann gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und des Landbundes abgelehnt.

Um den Sachsen-Volksentscheid

Dresden, 20. Februar 1932.
Nachdem der Landtag abgelehnt hat, dem kommunistischen Volksbegehren auf Landtagauflösung stattzugeben, wird über die Auflösung des Landtages der Volksentscheid stattfinden. Für den Abstimmungstag, den das Gesamtministerium festsetzt, müssen aus wahlrechtlichen Gründen die Tage ausscheiden, an denen die Reichspräsidentenwahl stattfindet. Palmsonntag, Ostern und der Sonntag nach Ostern kommen überdies wie der amtliche Bericht so schön sagt, „des Osterfriedens wegen“ nicht in Betracht. Daher steht für den Volksentscheid frühestens der 10. April zur Verfügung. Sollte auch dieser Sonntag wegen eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl ausscheiden, so würde der Volksentscheid auf den 17. April festzusetzen sein.

Ein Untersuchungsausschuß wurde vom Thüringer Landtag in der Angelegenheit der versuchten Einbürgerung Hitlers eingesetzt. Der Ausschuß will Hitler, Frick, Stennes und Ehrhardt als Zeugen vernehmen.

An die Adresse der Wels-Partei

Das „kleinere Uebel“ Ein Prolet schreibt der Wiener „Arbeiter-Zeitung“

Berlin, 20. Februar 1932.
Die sozusagen pränumerando erteilte Hilfestellung für die Hindenburg-Sozialisten durch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ scheint einen ungeheuren Proteststurm bei den sozialdemokratischen Arbeitern Oesterreichs ausgelöst zu haben. Das Blatt sah sich genötigt, in seiner Freitagsummer die Zurschrift eines arbeitslosen Proleten abzudrucken, welcher der deutschen Sozialdemokratie die unangenehme Wahrheit sagt, daß sie dem Faschismus politisch und ideologisch in die Hände arbeitet.

Wir geben in den wesentlichen Teilen diesen Brief wieder, aus dem die deutsche Arbeiterschaft entnehmen mag, mit welchen Augen das internationale Proletariat den neuen Verrat der reformistischen SPD-Führung betrachtet:

„Seit meinem achtzehnten Lebensjahr, seit neun Jahren, bin ich täglicher Leser der „Arbeiter-Zeitung“ und war immer zufrieden mit ihrer Politik im Leitartikel und mit dem anderen Lesestoff. Wenn ich heute als arbeitsloser Spenglergehilfe, dem das Schreiben sehr schwer ankommt, den Mut aufbringe, mich mit meiner Unzufriedenheit an Sie zu wenden, so muß wirklich ein Grund da sein, und das ist der Leitartikel vom 16. d. M., „Hindenburg und Hitler“.

Warum verteidigt die „Arbeiter-Zeitung“ immer wieder die Politik der deutschen Sozialdemokraten? Ich glaube, die „Arbeiter-Zeitung“ wird wissen, wie die

österreichischen, speziell die Wiener Arbeiter über die Politik der deutschen Sozialdemokraten denken und urteilen. Wir können es nicht verstehen, daß die SPD die Diktatur Brüning mit ihren Notverordnungen immer wieder unterstützt, die mit einem Federstrich die Löhne der ganzen Arbeiterschaft um zehn bis fünfzehn Prozent kürzt. Wozu braucht man noch eine Gewerkschaft, was nützt es, wenn die Arbeiterschaft zu hundert Prozent organisiert ist? — sie dürfen doch nicht streiken, weil Brüning mit Hilfe der Unterschrift des Reichspräsidenten Hindenburg einfach verordnet. Und diese Regierung wird von der SPD gestützt, und die Arbeiter werden aufgefordert, Hindenburg zu wählen, nur um zu verhindern, daß Hitler zur Macht gelangt. Also lieber eine kapitalistische Diktatur als eine faschistische. Sie wählt lieber das kleinere Uebel, wenn auch dabei die einstmals große stolze Partei zugrunde geht.

Glaubt die SPD wirklich, daß Hitler nicht zur Macht kommt, wenn sie Brüning unterstützt?

Es ist doch leider klar, daß Hitler bei den nächsten Reichstagswahlen als Sieger hervorgehen wird, und wenn er allein nicht regieren kann, so wird er eben mit — demselben kapitalistischen Diktator Brüning, der jetzt mit Hilfe der SPD regiert, die Macht ausüben. Dann braucht man die Unterstützung der SPD nicht mehr, dann kann sie gehen.

... Dann wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß die Spaltung der Ar-

beiterschaft an dem jetzigen Zustand in Deutschland Schuld ist. Ich frage nur, warum gibt es in Oesterreich keine Spaltung? Wenn es in Oesterreich nur drei Prozent Kommunisten gibt, so ist eben das ein Zeichen, daß unsere Partei noch revolutionär ist. Und ich hoffe, daß unsere Partei niemals Methoden anwenden wird, wie die deutsche, sonst würde auch bei uns eine Spaltung kommen...“

Die Auffassung, daß die österreichische Sozialdemokratie „noch revolutionär ist“, vermögen wir nicht zu teilen; auch in der SPD macht sich die Ideologie des „kleineren Uebels“ immer mehr breit. Richtig ist freilich, daß die österreichische Sozialdemokratie sich von einer so ungeheuerlichen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, wie die deutsche Sozialdemokratie sie betreibt, ferngehalten hat und daß daraus die relative Geschlossenheit der österreichischen Arbeiterbewegung resultiert.

Mit Recht verlangt der proletarische Briefschreiber Kampf gegen die Notverordnungs-diktatur Brüning, mit Recht wendet sich seine Entrüstung gegen die Zumutung an das deutsche Proletariat, Hindenburg zu wählen. Auch dieser Appell aus Oesterreich beweist, daß die Parolen der SAP zur Schaffung der roten Einheitsfront eine außerordentlich starke Resonanz finden. Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen die Konsequenzen aus der Mahnung des Wiener Genossen ziehen:

Heraus aus der eisernen Hindenburg-Front — hinein in die revolutionäre Front!

Gegen Eisenfront! Beschuß der Plauer Arbeitersportler

Plauen, 20. Februar 1932.
Das Arbeiter-Landes-Sportkartell für den Freistaat Sachsen hat am 14. Februar einen Aufruf in Sachsen erlassen, in welchem für Sonntag, den 21. Februar, dem Tag der „Eisernen Front“, Spielverbot besteht.

Das Arbeiter-Sportkartell Plauen hat am 18. Februar in einer Vorstandssitzung in Anwesenheit sämtlicher Vorsitzenden der ihm angeschlossenen Vereine dazu Stellung genommen. In der Diskussion wurde die Maßnahme des Landessportkartells stark kritisiert. Folgende Entschließung wurde gegen eine Stimme (anwesend waren 20 Genossen) angenommen:

„Die am Donnerstag, den 18. Februar stattgefundene Vorstandssitzung des Arbeitersportkartells Plauen unter Teilnahme sämtlicher Vorsitzenden der dem Arbeitersportkartell angeschlossenen Vereine be-

trachtet den Beschluß des Arbeiter-Landes-Sportkartells (Spielverbot für Sonntag, den 21. 2. betr.) als unglücklich und erhebt schärfsten Protest gegen derartiges Vorgehen. Die Teilnahme an den Veranstaltungen der „Eisernen Front“ ist für uns Arbeitersportler in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen untragbar.

Im Interesse der Arbeitersportbewegung ersuchen wir, derartige Beschlüsse zu unterlassen.“

Weiter wurde einer Aufforderung der Sozialistischen Arbeiterpartei, einem antifaschistischen Kartell beizutreten, mit 12 gegen 4 Stimmen Folge geleistet und damit eine Beteiligung an der sogenannten „Eisernen Front“ abgelehnt.

Die Mitgliederzahl der vertretenen Vereine beträgt ungefähr 3000.

Rekrut als Feldweibel Wie die Reichswehrgeneräle mit der SPD verkehren

Mitte nächster Woche tritt der Reichstag zusammen. Er hat unter anderem zu entscheiden über einen Mißtrauensantrag gegen den Reichswehr-Innenminister Groener. Ob Herr Groener steht oder fällt, das wird schließlich von der Sozialdemokratie abhängen. Man sollte nun meinen, daß der Herr Reichswehr-Innenminister sich ein bißchen um das Wohlwollen dieser „Marxisten“ kümmern müßte. Er denkt gar nicht daran! Mit der Sozialdemokratie rechnet das Diktaturregiment heute höchstens wie mit einer Fußmatte, an der man sich die Schuhe abputzt. Mit folgenden höhnischen Worten schließt das Organ der Reichswehrgeneräle, die Berliner Börsenzeitung, eine Betrachtung über das „Reichswehrintermezzo“:

„Sollte aber schließlich der unwahrscheinliche Fall eintreten, daß entweder die Sozialdemokraten Miene machen würden, den Mißtrauensanträgen der Rechten gegen Groener zuzustimmen, oder daß etwa die Rechte sich zu einer Annahme des kommunistischen Antrages anschicken würde, so ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Regierung Brüning auch dann Mittel und Wege finden wird, sei es eine Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen Groener überhaupt zu vermeiden, sei es, die Sozialdemokraten von einer Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen der Rechten noch im letzten Moment abzuhalten. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß sich der Reichskanzler im letzteren Fall mit dem Reichswehrminister solidarisch erklären, und daß schon diese Drohung allein genügen würde, um die Sozialdemokratie abzuschrecken. Noch immer setzen die „Genossen“ in der Regierung Brüning ihr festestes Bollwerk gegen die Möglichkeit einer Reichsregierung. So erwünscht ihnen auch zweifellos eine Beseitigung des Reichswehrministers wäre, so sehr werden sie sich andererseits davor hüten, durch einen Sturz Groeners den Gesamtücktritt des Kabinetts und damit ihre eigene Machtposition zu riskieren.“

So spricht der Herr mit seinem... Die-ner. Uns fehlt der Mut, darüber zu spotten. Wir empfinden bitter den Abstieg, den die einst so stolze Sozialdemokratische Partei genommen hat. Uns tut es in der Seele weh um die zahlreichen klassenbewußten Proletarier, die so „geführt“ worden sind, daß sie sich diesen Kasernenhofen bieten lassen müssen. Müssen? Sie müßten es nicht, wenn sie ihre Führer zwingen, proletarische Politik zu treiben, statt dem Militarismus auf Befehl zu apportieren, was er verlangt. Aber auch hier wird die Einsicht und die Aenderung kommen! Es ist nur eine Frage der Zeit.

Beim Vortrag gestorben

Bad Harzburg, 20. Februar 1932
Im Kasino-Saal fand am Freitag eine Versammlung von Vertretern der Fremdenindustrie statt, in der Professor Dr. med. Rhese einen Vortrag über das Thema hielt: „Wie sind Harzburger Quellen zu verwerten?“ Während seiner Ausführungen brach der Redner vom Schlage getroffen zusammen und wurde in einen Nebenraum getragen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Die Elendslawine Jetzt 1 240 000 Wohlfahrtserwerbslose in Preußen

Berlin, 20. Februar 1932.
Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist im Januar weiter sehr erheblich gestiegen. Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamts vom 31. Januar sind in Preußen 1 216 328 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 112 344 am Ende des Vormonats, so daß sich im Januar

eine Zunahme um 103 484 oder 9,3 % ergibt, die zwar etwas geringer ist als im Dezember (113 259), aber fast die doppelte Höhe des Zuwachses im Vergleichsmonat des Vorjahres (55 350) erreicht. Gegen den 31. Januar 1931 hat sich die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 576 690 oder 90,2 % erhöht. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 31,9 Wohlfahrtserwerbslose. Einschließlich der Unterstützten, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose nur am Stichtage vom Arbeitsamt noch nicht ausgesprochen gewesen ist (Ende Januar 23 977) ist die Gesamtzahl der von den preußischen Bezirksfürsorgeverbänden laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen von rund 1 135 000 Ende Dezember 1931 auf 1 240 000 Ende Januar 1932 angewachsen. Von den Wohlfahrtserwerbslosen haben 46 196 (Dezember 51 160) in Fürsorge- oder Notstandsarbeit gestanden.

Eisenbahnunglück bei Leningrad

In der Nähe von Leningrad auf der Strecke Kolpino—Popowki ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen einem D-Zug und einem Güterzug, bei dem sechs Personen getötet und 13 verletzt wurden. Die OGPU hat fünf Beamte verhaftet, die das Eisenbahnunglück verschuldet haben sollen.

Ermächtigungsgesetze in Oesterreich angenommen

Unter Abänderung mit den Stimmen der Sozialdemokraten
Wien, 19. Februar 1932
Der Nationalrat hat am Freitag die beiden wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetze mit der Abänderung, daß die Zuständigkeit vom Hauptausschuß an das Parlament übergeht, wenn ein Viertel der Mitglieder des Hauptausschusses einer Maßnahme widerspricht, endgültig angenommen. Für die Gesetze stimmten die Christlich-Sozialen, der Landbund und die Sozialdemokraten.

Ultimatum der Putschbrüder

Innsbruck, 19. Februar 1932
In einer Führertagung der Tiroler Heimwehr, die heute unter dem Vorsitz des Fürsten Starhemberg stattfand, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der folgende Forderungen aufgestellt werden:
1. In der Erkenntnis, daß die kommende Regierungskrise die Entscheidung über eine Rechts- oder Linksregierung und damit über das Schicksal Oesterreichs bringen wird, fordert die Tiroler Heimwehr den Einsatz sämtlicher Heimatwehrverbände Oesterreichs zum Sturz des heutigen Systems. Sie fordert den Einsatz einer parteipolitisch unabhängigen Autoritäts- und Fachregierung unter Ausschluß des Parlaments.
2. Der Bundesführer und die Landesführer müssen den Bundespräsidenten auf den ungeheuren Ernst der innerpolitischen Lage und darauf aufmerksam machen, daß die geplante Bildung einer schwarzen Koalition mit dem sofortigen Aufmarsch der gesamten heimatgetreuen Bevölkerung Oesterreichs beantwortet werden würde. Die Tiroler Heimwehr warnt den Bundespräsidenten in letzter Stunde davor, sich schützend vor das unfähige und korrupte Parteiensystem zu stellen. Sie verlangt von der Regierung die Aushebung der roten Waffenlager.

Leiparts zerschlagene Töpfe

Der Bankrott der Nurgewerkschaftler

Berlin, 20 Februar 1932

Einmal — es sind demnächst auf den Tag vier Jahre — sprach Leipart mit Stolz von „den vielen Töpfen“, in denen die Arbeiterbewegung bereits ihre Hände habe. Das war kurz vor dem Hamburger Gewerkschaftskongreß, dem die Aufgabe vorbehalten war, das seit einigen Jahren von den freien Gewerkschaften in Umlauf gesetzte Wort von der „Wirtschaftsdemokratie“ mit konkreten, dem Arbeiter faßbaren Vorstellungen zu füllen. Die Töpfe aber, die Leipart meinte, das waren vor allem die staatliche Regelung der Arbeitsbedingungen, das staatliche Schlichtungswesen, der gesetzliche Arbeiterschutz, die staatliche Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung, die eigenen Wirtschaftsunternehmungen der Gewerkschaften, sowie der gewerkschaftliche Einfluß auf Handelsvertragsverhandlungen, Verkehrspolitik und was dergleichen mehr war.

In der Tat, eine stattliche Anzahl von Töpfen. Aber — wir haben damals sofort an anderer Stelle darauf verwiesen — nicht deren Zahl macht den Gewinn der Arbeiterbewegung aus, sondern das, was sie — um bei dem Leipart'schen Bilde zu bleiben — in ihre eigenen Töpfe zu schöpfen vermag. Und in dieser Beziehung ging unsere Wertung von derjenigen Leiparts wesentlich auseinander. Wir haben nie den Leipart'schen Optimismus geteilt, als habe schon die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung ihre Hand in viele Töpfe halte, die kapitalistische Ausbeutung in ihrem Charakter irgendwie gemildert, und wir wagten auch damals schon an den ewigen Bestand dieser Töpfe zu zweifeln. Einmal war für uns klar, daß die Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung an die Töpfe nur solange heranließ, als diese gefüllt waren und das Unternehmertum den sozialen Frieden brauchte, um die herrschende Konjunktur bis zur Neige ausschöpfen zu können, und zum andern gaben wir uns mit den Hinweisen auf die steigenden Löhne und den Ausbau der sozialen Einrichtungen nicht zufrieden. Mit wachsender und immer drückender Sorge sahen wir mitten in dem blauen Himmel der kapitalistischen Hochkonjunktur schwarze, gewitterschwangere Wolken heraufziehen. Vor allem stellten wir fest, daß auch die höchste Beschäftigung der Industrie die Arbeitslosigkeit nicht zum Verschwinden brachte und daß schon aus diesem Grunde die allerschlimmsten Befürchtungen für die weitere Entwicklung gehegt werden mußten. Auch erschien uns die staatliche Einmischung in die Regelung der Arbeitsverhältnisse als weit weniger im Nutzen der Arbeiter als in dem der Unternehmer liegend, gleichgültig ob ein Sozialdemokrat oder ein Zentrumsmann für das Reichsministerium verantwortlich zeichnete. Und was gar die Eigenbetriebe der Gewerkschaften anging, so haben wir nie die Befürchtung unterdrückt, daß nicht diese der kapitalistischen Wirtschaft die Gesetze diktiert, sondern umgekehrt diese von dieser diktiert erhalten werden und demnach auch nie imstande sein können, sich dem mörderischen Druck kapitalistischer Krisen zu entziehen.

Derlei Betrachtungen waren indessen in den Gewerkschaftskreisen zu allen Zeiten unbeliebt. Man erblickte darin eine Herabsetzung und damit eine Schädigung der Gewerkschaftsbewegung, während sie doch nur den Zweck hatten, die Bedingungen aller gewerkschaftlichen Betätigung nachzuweisen und die Gewerkschaftsbewegung vor Illusionen zu bewahren, denen notwendigerweise eines Tages ein entsetzliches und vielleicht auch zu spätes Erwachen folgen mußte.

Der Sturz aus dem Himmel

Dieser Augenblick ist jetzt da. Die Entwicklung ist den von uns befürchteten Weg gegangen. Der Absturz aus dem Himmel der wirtschaftsdemokratischen Illusionen ist dertart gründlich, daß jetzt auch die Gewerkschaften ihre Augen nicht mehr davor verschließen können. Von all den überschwänglich gepriesenen Töpfen

Leiparts ist nichts mehr übriggeblieben. Sie liegen in Scherben zerschmettert am Boden. Wohl: die staatliche Einflußnahme auf die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern besteht weiter, aber sie wird noch einseitiger zugunsten der Unternehmer gehandhabt als es je der Fall war. Die Gewerkschaften sind restlos ausgeschaltet und nicht einmal der äußere Schein einer Mitwirkung ist ihnen verblieben. Die Arbeitslosenversicherung besteht nur noch in der Form und auch vom Tarif ist mehr als der Name nicht übriggeblieben. Damit ist ein Zustand geschaffen, der auch die Sanftmütigsten unter den sanftmütigen Gewerkschaftsführern im höchsten Maße beunruhigen muß. Denn entweder finden sie sich damit ab, und dann machen sie sich überflüssig, oder aber sie setzen sich zur Wehr, und dann bedingt dies eine vollkommene Umbugung ihres Kurses.

Entscheidungsstunde der Gewerkschaften

Die jüngste Ausschusssitzung des ADGB hat in dieser Frage die notwendige Klärung und Klarheit nicht geschaffen. Ihre Bedeutung liegt denn auch nicht in den gefaßten Entschlüssen, sondern einzig und allein in der Tatsache, daß in den Verhandlungen wenigstens das Entsetzen zum Ausdruck kam, das die heutige Gewerkschaftsführung angesichts der Gesamtentwicklung gepackt hat. Denn wenn selbst dem Munde eines so bedächtigen und temperamentlosen Mannes wie Leipart das Geständnis entfährt, daß die Gewerkschaften ein Stück dessen, was er als „wohlüberlegte Haltung“ und „kühle Mäßigung“ bezeichnet, aufgeben müssen, dann muß sicher der Blitz in die Büros des ADGB gefahren sein. Dieser Blitz aber kann nach Lage der Dinge nichts anderes sein, als der Schrei der Millionen nach Arbeit und notdürftigstem sozialen Schutz. Noch haben die Massen die Zuversicht, daß die Gewerkschaften ihnen die geforderte Hilfe gewähren können und wehe ihnen, wenn sie enttäuschen. Dann ist der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation endgültig und auf immer diskreditiert.

Ein bemerkenswertes Geständnis

In seiner Erregung und Ergriffenheit hat Leipart mehr eingestanden, als er vielleicht wahr haben will. Er, wie alle, die heute die verantwortliche Führung für die Gewerkschaftsbewegung tragen, hat sich am nachdrücklichsten für die sogenannte „wohlüberlegte Haltung und nüchterne Mäßigung“ eingesetzt. Wenn er nun der Auffassung ist, daß die Preisgabe eines Stückes dieser Eigenschaften am ehesten geeignet ist, „eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken“, dann gesteht er Leipart, daß ein entscheidender Teil der Verantwortung „in dieser Entwicklung auf die heutige Gewerkschaftsführung zurückfällt, und daß die Lethargie der Massen, über die Leipart sich beklagte, nur eine Folge der Lethargie ist, deren die Gewerkschaften sich all die Jahre schuldig machten.

Doch Leipart ist bei dieser Gelegenheit noch ein anderes bemerkenswertes Geständnis entschlüpft. Wörtlich sagte er nach dem Bericht des „Vorwärts“ u. a.: „Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der Arbeiterschaft unerträglich einengte.“ Es handelt sich hier um keinen Druckfehler. Leipart spricht ausdrücklich von der Notverordnung des Jahres 1923, die den Achtstundentag beseitigte. Er erklärt unzweideutig, daß seitdem das Elend unaufhörlich gestiegen sei. Was aber heißt das anders, als daß alles unwahr ist, was Leipart selber von den famosen Töpfen erzählt hat, und was heißt das weiter anders, als daß Leipart, wenn auch —

wozu freilich kein Scharfsinn mehr gehört — nachträglich, all das unterschreibt, was wir von jeher über die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Tätigkeit festgestellt haben? Wer nicht aller Logik bar ist, kann andere Schlüsse nicht ziehen.

Warum kein Reichsbetriebsrätekongreß?

Es leuchtet aber auch ein, daß mit der bloßen nachträglichen Feststellung es unmöglich sein Bewenden haben kann. Die Gewerkschaften müssen sich auf die Hinterbeine stellen, wenn sie das Spiel nicht verlieren, die Arbeiterklasse nicht zeitweilig der Sozialreaktion ausliefern wollen. In dieser Beziehung sind die Ergebnisse der Bundesausschuß-Sitzung völlig unbefriedigend. Dies vor allem darum, weil der Ausschuß mit seinen Forderungen nicht direkt an die Arbeiterklasse appellierte, sondern sich an dieselbe Regierung wandte, die das gegenwärtige Elend erst durch ihr Notverordnungsregime erzeugt hat. Niemals wird diese Regierung „den entschlossenen Willen“ zeigen, den der Bundesausschuß ihr einzuflüstern versucht. Für sie gibt es nur einen Willen und das ist der Wille der Unternehmerklasse. Und sollte der einzuberufende Kongreß nur die Aufgabe haben, als Lautverstärker für diese Einflüsterungen zu fungieren, dann ist jeder Pfennig vergebend, der dafür ausgegeben wird. Ungleich größeres Gewicht hätte dagegen schon ein Reichskongreß der Betriebsräte. Auf ihm würde nicht nur die Stimme derer erklingen, die die Not selber tragen, sondern er würde bestimmt auch von größerem Vertrauen der Arbeiterschaft getragen sein und schon darum auch ein breiteres Echo auslösen, wie ein Gewerkschaftskongreß, der zudem noch aus denselben Delegierten bestehen soll, die — bis auf ganz, ganz wenige — in Frankfurt versagt haben. Vor einem solchen Kongreß mögen die Gewerkschaften dann einen Bräutigam oder einen Stegerwald zitieren und sicher würde es ihnen anders in den Ohren klingen als einem Stegerwald in Frankfurt.

Neue Ziele verlangen neue Führer

Schließlich und endlich müssen wir auch bezweifeln, daß die heutige Gewerkschaftsführung selber in der Lage ist, der Arbeiterbewegung Wege zu weisen. Die im Ausschuß über die Frage der Arbeitsbeschaffung geführte Diskussion zeigt alles andere als eine Klarheit. Es scheint sogar, daß einige gewichtige Ausschußmitglieder in ihrer eigenen Verurteilung bereit und entschlossen sind, auch die verzweifeltsten Experimente nicht auszuschlagen, und Tarnow, der noch immer nicht begriffen hat, warum der Arbeiter im Kapitalismus arm sein und bleiben muß, begeistert sich erneut an dem Land des verbliebenen Wirtschaftswunders und erhofft Heil aus einer Uebertragung jener Maßnahmen, zu denen Hoover in der Form der künstlichen Kreditauswertung als Wahlköder und zur Aufpolierung seines verbliebenen Sterns Zuflucht genommen hat. Wohl sind in dieser Sitzung auch einige Bemerkungen gefallen, wie etwa, daß die Lösung der Schwierigkeiten nicht auf der Ebene des Kapitalismus erfolgen könne und daß man demgemäß Lösungen im Sinne des Kapitalismus suchen müsse. Aber so wahr all dies ist, so wahr ist doch auch, daß, wer immer und immer wieder nur Lösungen im Kapitalismus gesucht hat und wer historisch in all seinem Tun und Lassen so hundertprozentig in das Unrecht gesetzt worden ist, wie die heutige Gewerkschaftsführung, weder eine Gewähr dafür gibt, daß er erstens Lösungen im Sinne des Sozialismus findet, noch zweitens, daß er als Führer zum Sozialismus berufen ist.

Konsequenzen in dieser Richtung hat der Ausschuß nicht gezogen. Sie müssen aber gezogen werden und zwar rasch und schnell. Die erste aller dieser aber muß sein: Heraus aus der Front mit dem Bürgertum, weg von Hindenburg! Die Hand des Proletariats darf nur in die Hand der eigenen Klasse schlagen. Dann nur gewinnt auch die Gewerkschaftsbewegung wieder Kraft, denn dann erst steht in der Arbeiterschaft automatisch auch wieder das Selbstvertrauen.

Milchpreistreiber vollendet

Das durchsichtige Manöver um den Milchpreis ist in der Weise beendet worden, die wir von vornherein klargestellt hatten.

Nachdem der Berliner Einzelhandel nach anfänglicher Zurückhaltung die Preissteigerung durchgeführt und den Milchpreis auf 28 Pfennig pro Liter festgesetzt hatte, griff der Oberpräsident der Provinz Brandenburg in der vorhergesagten Weise ein und setzte den Milchpreis

auf 26 Pfennig pro Liter fest.

Somit ist der Raubzug der Milchpreistreiber glücklich beendet. Die Arbeiter haben ihre Lohnsenkung durch eine Milchpreiserhöhung von zwei Pfennigen pro Liter bezahlen dürfen.

Das spanische Budget

WTB Madrid, 20. Februar 1932

Auf Antrag der Regierung wird die Kammer heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um den Budgetvoranschlag entgegenzunehmen. Der Budgetvoranschlag sieht 4400 Millionen Peseten Ausgaben vor, die Einnahmen sind etwas höher angesetzt. Der Finanzminister soll ermächtigt werden, eine innere Anleihe von 500 Millionen Peseten aufzulösen, deren Ertrag zur Deckung des vorjährigen Defizits von 200 Millionen Peseten und zur Amortisierung der Schulden der Eisenbahnkasse verwandt werden soll.

Neue Zollforderungen

Jetzt: Zinkzoll

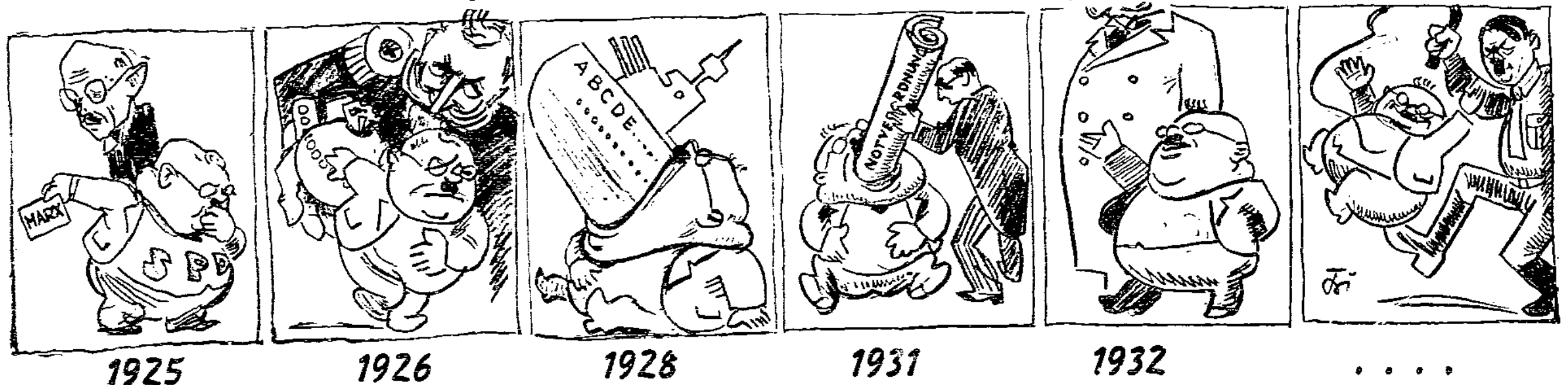
Die neue Zollwelle, die mit der Valutaantwortung in einigen Ländern eingesetzt hat, ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Neuerdings melden sich die Zinkgruben und Zinkhütten und verlangen die Einführung eines Zollschutzes. Begründet wird diese Forderung u. a. damit, daß das internationale Zinkkartell die Erwartungen, die mit seiner Gründung verbunden wurden, nicht erfüllt habe. Die deutschen Zinkhütten und -gruben seien am Erliegen.

Schon einmal — im Sommer 1930 — hat die Zinkindustrie einen Antrag auf Einführung eines Zolls im Reichswirtschaftsrat eingebracht, der abgelehnt wurde. Die Argumente, die damals für die Ablehnung maßgebend waren, gelten noch heute. Eine Behebung der deutschen Zinkindustrie ist durch einen Zoll nicht zu erwarten. Dieser würde im Gegenteil zu einer Verteuerung der Waren, damit zu weiterer Absatzsenkung und zu erhöhten Schwierigkeiten führen.

Lunatscharsky ist zum Vertreter der Regierung der Sowjetunion bei den deutschen Feierlichkeiten zum hundertsten Todestag Goethes ernannt worden.

Faschistens Defizit. Nach dem Ausweis des Staatsschatzes beziffert sich der Fehlbetrag im Haushalt Italiens zum 31. Januar auf 1984 Millionen Lire. Die innere Schuld war um 488 Millionen auf 91,9 Milliarden Lire gestiegen. Der Banknotenlauf war im Vergleich zum Vormonat um 324 Millionen niedriger und betrug 13,9 Milliarden Lire.

Coué-Methodeder SPD (Das Übel wird mit jedem Tage kleiner und kleiner)



1925

1926

1928

1931

1932

.....